

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erstmal wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schorm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Röhrestraße 18 a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **386300** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Zur Rettung des Zentrums.

Es. Das Zentrum fühlt sich nicht wohl in der Haut, die durch die Sünden der Reichsfinanzreform gebrandmarkt ist. Es weiß, daß es ein etwas starkes Stück ist, bei der Wahl des jetzigen Reichstages in Wahlkreisen, Flugblättern, Zeitungsartikeln und Agitationsreden sich hoch und heilig gegen die Vermehrung der indirekten Steuern zu verschäubern und nach der Wahl, 2 1/2 Jahre später, dem Volke die ungeheure Last von 365 Millionen indirekter Steuern aufzuhalsen. Das ist eine Leistung, die auch das bibbende und rüchlichste Zentrumsgeschäft fähig machen und manchem aus dem ultramontanen Gefolge die Augen öffnen muß über die Befähigung dieser Partei, die Interessen des arbeitenden Volkes zu vertreten. Das Zentrum weiß besser als wir es wissen, was es mit seiner Zustimmung zu dem neuesten und schwersten Raubzug auf die Taschen der breiten Masse riskiert hat; es weiß auch, daß sein gefährlichster Feind, die Sozialdemokratie, sich diese Gelegenheit zu nütze machen und dem Volke an der Reichsfinanzreform begreiflich machen wird, was es den blauschwarzen Brüdern des Schnapsbocks, in erster Linie dem Zentrum, zu danken hat. Deshalb macht das Zentrum seine Mannen mobil. Von München-Grabbach, der Agitationszentrale zur Einweisung der kirchlichen Wählermassen, ist der Ruf ergangen zur Abhaltung großer Vertrauensmännerversammlungen, zu denen die Arbeiter eingeladen sind, die „auf dem Boden des Zentrums stehen und in den Arbeitervereinen, den christlichen Gewerkschaften (o heilige Neutralität!), im Volksverein und in der Zentrumspartei hervorragend tätig sind“. Diese Vertrauensmännerversammlungen haben dann große Arbeiterversammlungen einzuberufen, in denen die, die sich gefallen lassen, nach bewährtem M.-Grabbacher Rezept gegen die sozialdemokratische Agitation gesetzt und in dem Glauben gestärkt werden sollen, daß das Zentrum wie immer, so auch diesmal das Volkes Beste gefördert und eine wahrhaft „nationale Tat“ vollbracht hat. Und die Westdeutsche Arbeiterzeitung, die noch vor wenigen Monaten eindrucksvolle Proteste gegen die Vermehrung der indirekten Volkslasten gebracht hat, sie fordert auf zu vernichtendem Kampfe gegen die Sozialdemokratie, die „aus agitatorischen Gründen für gut befunden hat, gegen die Zentrumspartei einen Verleumdungsfeldzug zu eröffnen, der keinesgleichen sucht in der Geschichte dieser Irpuppelosen und verlogenen aller Parteien — womit nicht etwa das Zentrum gemeint ist, das seinen Wählern vor der Wahl die Ablehnung jeder weiteren Vermehrung der indirekten Steuern verspricht, um ihnen nach der Wahl einige hundert Millionen neuer Belastung aufzuhalsen, sondern womit die Sozialdemokratie gemeint ist, deren Verbrechen darin besteht, daß sie dem Volke ein Licht aufsetzt über die Gaunerpolitik der Schwärzen.

Der erste, der dem aus M.-Grabbach ergangenen Rufe folgt und für die Ehre und die Erhaltung der glorreichen Zentrumspartei in den Kampf zieht, ist Herr Adam Stegerwald, Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. In Aachen hat er jüngst vor hiesigen katholischen Arbeitern eine Rede gehalten, die ihm das Lob der Zentrumspresse in hohem Maße eingetragen hat. Stegerwald sagte die Sache von hohem und höchstem Gesichtspunkt aus, indem er dem Beispiel des Zentralblattes seiner Organisation folgte, das eine Artikelreihe über Finanzreform und Volkswirtschaft mit dem Geständnis begann, daß es sich hierbei „abseits von dem politischen Gezielt über die Einzelheiten der verabschiedeten Finanzreform und über die Zweckmäßigkeit dieser oder jener Steuer“ stellen wolle. So auch Herr Stegerwald. Er gesteht beiläufig zu, daß man über die Frage, ob die Steuerverteilung bei der Reichsfinanzreform gerecht sei, verschiedener Meinung sein könne, läßt sich aber auf die Verantwortung dieser Frage und auf die Einzelheiten der Reichsfinanzreform nicht ein — jedenfalls die bequemste Art, sich um die Hauptfrage: die Frage nach der Wahrung der Arbeiterinteressen herumzudrücken. Dafür benützte Herr Stegerwald die Gelegenheit zu einer „grundständlichen Auseinandersetzung zwischen christlicher Arbeiterbewegung und politischer Sozialdemokratie“ — wie er pompös verkündete. Man kennt diese „Auseinandersetzung“, die der Herr Generalsekretär nicht zum erstenmal gibt: die Sozialdemokratie und die ihr nahestehende Gewerkschaftsbewegung ist der Fluch der deutschen Arbeiterpartei, nichts als Hezekel und Verneinung, keine Spur von politischer Einigkeit und ernstlichem Willen zu positiver Mitarbeit — im Gegensatz dazu die „christlich-nationale Arbeiterbewegung“, die der deutschen Arbeiterpartei aus allen Nöten helfen könnte, wenn die Arbeiter nicht so heillos verannt wären in der Erkenntnis, daß die christlichen Gewerkschaften nichts sind als Schutztruppen des Zentrums und ihre Führer nichts als Handlanger der ultramontanen Schwindelpolitik. Und da aller Erwartung nach die deutschen Arbeiter von dieser Erkenntnis nicht so leicht zu bekehren sind, so werden wir eine beredte „grundständige Auseinandersetzung zwischen christlicher Arbeiterbewegung und politischer Sozialdemokratie“ wohl noch öfter hören, allerdings mit keinem besseren Erfolg als bisher, denn die Sache der christlichen Gewerkschaften ist nicht zu retten, am allerwenigsten durch ihren Generalsekretär, der trotz des Lobes der Zentrumspresse im Grunde weiter nichts ist, als was man zu gut deutsch einen Lölchel nennt.

Herr Adam Stegerwald, der dazu verurteilt ist, unter allen Umständen dem Zentrum den Ruf als volks- und arbeiterfreund-

liche Partei zu retten, bringt es fertig, die schändliche Tatsache, daß das Zentrum sich vor der Wahl auf die Ablehnung der weiteren Vermehrung der indirekten Steuern verpflichtet, nach der Wahl dem Volke eine indirekte Steuerlast von 365 Millionen aufbürdete und diesen Betrag dann nachher als „nationale Tat“ pries, zu rechtfertigen mit dem Hinweis auf ihm bekannte „sozialdemokratische Gewerkschaftsführer, die kurz vor den Verhandlungen mit Unternehmern in öffentlichen Versammlungen entschieden und unter allen Umständen an bestimmten Forderungen festhielten und wenige Stunden später im Verhandlungsraum, als mehr nicht herauszuholen war, Schritt für Schritt zurückwichen und noch am selben Tage mit dem Angebot ihrer ganzen Rebellent Massenversammlungen von der Wichtigkeit ihres Verhaltens zu überreden versuchten und überzeugten“. Das nennt Herr Adam Stegerwald einen „Umfall“ und wenn ein solcher der „sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern“ erlaubt sei, müsse er auch den politischen Parteien erlaubt sein!

So der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, der es fertig bringt, die Notwendigkeit im gewerkschaftlichen Kampfe, den Umständen, den wirtschaftlichen Machtverhältnissen, der Ueberlegenheit der Unternehmerorganisation Rechnung zu tragen und sich mit geringerem zu begnügen, auf eine Stufe zu stellen mit dem schändlichsten Verrat, den eine Partei begehen kann: die Wähler durch volksfreundliche Versprechungen einzufangen und nach der Wahl das Gegenteil zu tun. „Umfall“ ist alles — sagt Herr Stegerwald, ob eine Partei die Wähler in der gemeinsten Weise beschwindelt und das Volk betrügt, oder ob die kämpfende Arbeiterpartei der Uebermacht des Gegners Rechnung trägt und die Erringung einer Gesamtforderung auf günstigere Zeiten verschiebt. Ist Herr Stegerwald wirklich nur ein Lölchel, daß er herartige Dinge nicht auseinanderzuhalten vermag, oder ist er ein Jesuit, der eine schlechte Sache durch eine gute zu decken versucht und dabei nicht vor der Frechheit zurückschreckt, die durch die Umstände gebotene Taktik unserer Gewerkschaften auf eine Stufe mit dem gemeinsten Volksverrat zu stellen?

Aber Herr Adam Stegerwald bringt noch andere Dinge fertig. Er nennt es „eine sozialdemokratische Agitationslüge“, daß die Regierung nur der Verwirklichung der Wünsche der besitzenden Klassen sei. Männer wie Posadowsky, Delbrück, Wiedefeldt, Kaspar u. s. w. können nicht einfach als Reaktionäre abgetan werden“. Dieser Schmaumeier! Deshalb mußte denn Posadowsky gehen, wenn nicht aus dem Grunde, weil die Schornmacher und die durch diese beeinflußte Regierung ihn nicht länger dulden wollten! Und was hat denn Delbrück bisher getan, um zu beweisen, daß die Regierung auf Seiten der Arbeiter und nicht auf Seiten der Kapitalistenklasse steht! Und was endlich sollen die beiden untergeordneten Gesemträte beweisen, von denen einer (Wiedefeldt) zudem noch als Verfasser der Reichsversicherungsordnung gilt, die auf dem letzten christlichen Gewerkschaftstages in vielen wesentlichen Bestimmungen als der Ausdruck einer durchaus arbeiterfeindlichen Gesinnung gekennzeichnet worden ist! Niemand wird bestreiten, daß es in der Regierung einseitige und den Arbeitern wohlwollende Männer gibt, aber beweist denn nicht die Tatsache, daß sie sich nicht durchzusetzen und die Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen vermögen, wie recht die Sozialdemokratie hat, wenn sie im herrschenden Regierungssystem nur eine Einrichtung zur Wahrung der Interessen der Besitzenden sieht?

Der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Deutschlands als Regierungskommissar und Zentrumsanwalt! Wir überlassen es dem Urteil der Leser, in welcher der beiden Rollen er das größere Maß von Unverständnis beweisen hat.

Ein System der Sozialpolitik.

II.

Es ist äußerst charakteristisch für die deutsche Sozialpolitik, daß sie mit dem Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter, mit der Zollpolitik und mit neuen indirekten Steuern eingeleitet wurde. Für den Verlust ihrer politischen Rechte, die den Arbeitern das Sozialistengesetz geraubt hatte, sollten sie sich mit den äußerst bescheidenen materiellen Vorteilen der Versicherungsanstalten abfinden und zufrieden geben. Dabei hinderte sie ihre Rechts- und Hilflosigkeit infolge der Vernichtung ihrer Organisationen und Presse und des ganz allgemeinen Versammlungsverbotes, sich gegen den ersten zollpolitischen Raubzug und die anderen indirekten Steuern tatkräftig und mit Massenaufgeboten zu wehren.

Die sozialen Versicherungen sind im Hinblick auf ihre tatsächlichen Entstehungsurachen mehr armen- als sozialpolitisch in Natur, sie sind mehr in Rücksicht auf die bürgerlichen Gemeindeverwaltungen und Steuerzahler als auf die Arbeiter geschaffen worden. Die kommunalen Armenbehörden waren nämlich mit der Unterstützung und Versorgung der „Fabrikwüppel“, das heißt der durch Unfall verunglückten Arbeiter, die nicht oder nur beschränkt arbeits- und erwerbsfähig waren und denen infolge des unzulänglichen Haftpflichtgesetzes, das nur etwa 20 Prozent der Verunfallten zu der ihnen gebührenden Entschädigung verhalf, während 80 Prozent der Verletzten mit ihren Ansprüchen abgewiesen wurden, keinerlei anderweitige Versorgung zuteil ward, sehr schwer belastet, so daß sie den Ruf nach Rettung erhoben, die ihnen der Staat durch die Uebernahme der Armenlasten bringen sollte. Dazu kam dann das Bedürfnis des Reiches und der Reichspolitik, endlich etwas für den Arbeiter zu tun, „nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter“, wie es später in der „berühmten“ Kaiserlichen Hofkassette vom 17. November 1881 hieß. In dieser

Hofkassette wurde dann die Unfall-, Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung angeordnet, „um dem Vaterland neue und dauernde Bürgerpflicht seines inneren Friedens und den Stützbehräftigten größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Bestandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen“. Gleichzeitig wurde aber auch eine Steuerreform, das heißt die Vermehrung der indirekten Steuern und das Tabakmonopol angeordnet. Die neuen indirekten Reichsteuern sollten nicht nur dazu dienen, Mittel für die Versicherungen aufzubringen, sondern auch zu dem weiteren Zweck, die einzelstaatlichen Regierungen in den Stand zu setzen, drückende direkte Landessteuern abzusuchen und die Gemeinden von Armen- und Schullasten, von Zuschlägen zu Grund- und Personalsteuern und von anderen drückenden direkten Abgaben zu entlasten. „Sterblich und demnächst durch Wiederholung früherer Anträge auf stärkere Besteuerung der Getränke sollen nicht finanzielle Ueberflüsse erstrebt werden, sondern die Umwandlung der bestehenden direkten Staats- und Gemeinde lasten in weniger drückende indirekte Reichsteuern. Diese Bestrebungen sind nicht von fiskalischen, sondern auch von reaktionären Hintergedanken frei; ihre Wirkung auf politischem Gebiet wird allein die sein, daß wir kommenden Generationen das neu entlastete Reich geschenkt durch gemeinsame und ergiebige Finanzen hinterlassen.“

Die Quintessenz dieser „sozialpolitischen“ Thronrede war also eigentlich eine Steuerreform, und zwar eine solche von durchaus plutokratischem Charakter; sollte sie doch die Ersetzung der einzigen richtigen direkten Steuern durch indirekte bezwecken, also eine Entlastung der bestehenden und eine neue Belastung der bestlosigen Klassen herbeiführen. Es würde eine sehr interessante Schrift geben, wenn sich einmal ein Genosse daran machen wollte, die Geschichte der Steuer- und Finanzreformen des neuen Deutschen Reiches zu schreiben.

Und weiter sollten die neuen indirekten Steuern die Kosten der Arbeiterversicherung aufbringen, die Arbeiter also vorher mit neuen Opfern belastet werden, ehe sie noch den geringsten Vorteil von der „Sozialpolitik“ hatten. Wie bei den sogenannten „Wohlfahrts-einrichtungen“ der privaten Unternehmer handelte es sich also auch bei der Bismarckschen Regierung darum, mit der „Sozialpolitik“ zugunsten des Reichsfiskus ein gutes Geschäft zu machen.

Erst jetzt schon in dieser Beleuchtung die Bismarcksche „Sozialreform“ als ein recht seltsames Gewächs, so vervollständigte das heitere Bild noch die offenerzige Begründung, die die Regierung ihrem ersten Unfallversicherungsentwurf von 1880 gab, in der es unter anderem heißt: „In Wahrheit handelt es sich bei den Maßnahmen, welche zur Verbesserung der Lage der bestlosigen Klassen ergreifen werden können, nur um eine würdigere Ausgestaltung der staatlichen Armenpflege und um eine Weiterentwicklung der dieser bereits zugrunde liegenden Idee.“ So reduziert sich also nach der eigenen und unabweisbaren Erklärung der Regierung die ganze, in ihrer Bedeutung so fürchtbar aufgebaute „Sozialreform“ auf eine Verbesserung der Armenpflege zur Entlastung der Gemeinden oder der bestlosigen Klassen in Form der Verminderung der direkten Steuern. Damit vergleicht man die heute noch ungeschwächt andauernde Hege der kapitalistischen Schornmacher gegen die „schweren sozialpolitischen Lasten“, die an sich pro Arbeiter berechnete nicht hoch sind und die überdies von den Unternehmern nicht etwa aus der eigenen Tasche bestritten, sondern zu den Produktionskosten hinzugezählt und so im Preise der Arbeiter auf die Konsumenten, die in ihrer Mehrzahl wieder die Arbeiter sind, abgewälzt werden. Wozu noch kommt, daß die Arbeiter den größten Teil der Versicherungslasten mit Einschluß derjenigen aus den Unfällen, die bekanntlich die Krankenkassen bis zur 13wöchigen Dauer der Erwerbsunfähigkeit unterstützen müssen, selbst durch ihre Beiträge aufbringen, während das Reich erst seit 1890 an die Versicherungsanstalten etwas leistet in Form des Beitrages an die Alters- und Invalidenversicherung, der 51 Millionen Mark beträgt bei einer Gesamtentnahme des Reiches von rund 2,7 Milliarden Mark, so daß er noch nicht einmal 2 Prozent derselben ausmacht.

Die Versicherungsanstalten haben ganz zweifellos die Armenlasten der Gemeinden vermindert und sei es auch nur in dem Sinne, daß sie nicht so gewaltig gestiegen sind, als es andernfalls geschehen sein würde. Dagegen hat sich die Lage der Arbeiter, so weit die Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung in Betracht kommt, bei deren unzulänglichen Leistungen materiell nicht oder nur wenig verbessert, so daß nur der ideelle Gewinn bleibt, der in der Ersetzung des demütigenden Almosen durch das den Charakter stützende wohlverordnete Recht besteht. Muß aber zur Ergänzung der unzulänglichen „Rente“ doch noch die Armenunterstützung in Anspruch genommen werden, so fällt auch dieses ideelle Moment, das die Versicherung zu ihrem Vorteil von der Armenunterstützung unterscheidet und das ihr das sozialpolitische Gepräge gibt, dahin. Will man diesen Bankrott der „Sozialpolitik“ vermeiden, so müssen die Renten herabgesetzt werden, daß sie wirklich zum Leben hinreichen und es muß auch das Alter für die Altersrente auf höchstens 65, später auf 60 Jahre herabgesetzt werden.

Als neuer Versicherungszweig soll nun die Witwen- und Waisenversicherung geschaffen werden, die im Jahre 1902 das demagogische Zentrum als Folgeblatt für seinen schamlosen Bankrott vorstellte, ist so wenig, daß es wie blutiger Hohn klingt. Und nun sollen erst noch nicht einmal alle Witwen und Waisen Unterstützung erhalten und, wie die Genossin Biez auf dem Zeitzinger Parteitag ausführt, etwa 90 Prozent der erpteren vom Rentenbezug ausgeschlossen sein. Ein solches Fuschspiel soll dann großsprecherisch „Witwen- und Waisenversicherung“ heißen und die neueste Art der „Sozialpolitik“ sein, wie sie 1890 die Alters- und Invalidenversicherung sein sollte.

Nach seine Rede ist von der Fürsorge für die gesunden, arbeitsfähigen und arbeitswilligen Arbeiter im Falle der Arbeitslosigkeit, von der Arbeitslosenversicherung. Aber wir müssen auch aufpassen, daß wir kein Verlangen danach haben, denn was die Bureaukratie leisten würde, kann man sich bei ihrem Unverstand und um so größerer Arroganz vorstellen. Was wir in dieser Beziehung fordern, ist Subventionierung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung durch die Gemeinde und den Staat, wozu von ersterer bereits der Anfang gemacht ist, so in den Städten Strahburg und Erlangen und zahlreichen ausländischen Städten. Bekanntlich ist in Bayern und Baden von den Regierungen oder vom Parlament die Prüfung des Problems begonnen worden und es bleibt nun abzuwarten, ob die Aktion zu einem positiven Ergebnis führt und welcher Art es sein wird.

Die Sorge macht den Besten der Anfang und das Ende des Menschen, die Geburt und der Tod, denn selbst die besten Welt, sogar verhältnismäßig viel Geld, das der Arme sehr häufig nicht aufzubringen vermag, so daß er in eine drückende und verzweiflungsvolle Lage gerät. Sollte da nicht die Gesamtheit durch die unentgeltliche Gewährung der nötigen Hilfe aller Not ein Ende machen und die Kosten auf Rechnung aller übernehmen? Der Eintritt des Menschen in das Leben ist schon längst keine Privatangelegenheit der nächsten Beteiligten mehr, denn es nimmt sich seiner sofort der Staat an, indem er ihn zwangsweise registriert. Später folgt der Schulzwang, der Steuerzwang, der Militärschwang, der permanente Arbeitszwang — Zwang in allen Formen. Der Mensch ist, ob er will oder nicht, Zwangsmittel des Staates und der Staat besteht aus den Menschen als seinen Mitgliedern. Jede nützliche Tätigkeit geschieht ebenfalls im Interesse des einzelnen wie der Gesamtheit, denn auf der Arbeit aller beruht auch die Existenz der Gesamtheit. Erscheint es unter solchen Umständen nicht als die selbstverständliche Pflicht aller, der Gemeinde und des Staates, die unentgeltliche Geburtshilfe, die Fürsorge für Mutter und Kind, zu gewähren? Gewiß, so selbstverständlich, daß ihre heutige Nichtgewährung die ganze Missetätigkeit des kapitalistischen Klassenstaates offenbart.

Ebenso ist es mit der Bestattung des Toten. Wenn der Mensch ein arbeitsfähiger, der Gesamtheit während Jahrzehnten nützlich gewesenes Leben vollbracht hat, dann müssen sich seine trauernden und bestellten hinterlassenen Angehörigen noch erst sorgen und bemühen, um den Leichnam auf würdige Art zu bestatten zu lassen. Dafür soll die Gesamtheit sorgen, ihre Aufgabe muß es sein, die Toten auf allgemeine Kosten durch Beerdigung oder Verbrennung zu bestatten.

Der Staat zwingt das sechsjährige Kind für 7 bis 8 Jahre und noch länger (Fortbildungsschule) in die Schule, aber er zwingt gleichzeitig die Eltern, Schulgeld zu bezahlen und die Lehrmittel zu selbst anzuschaffen. Er fragt nicht danach, ob die armen Eltern die Mittel dazu haben oder nicht, er zwingt sie zur Erfüllung der ihnen auferlegten Pflicht bei Strafe.

Ein merkwürdiger Zustand. Die Arbeiter müssen an Gemeinde und Staat direkte und indirekte Steuern bezahlen, ihre Arbeit verrichten sie nicht für sich, sondern im Dienste anderer, der Allgemeinheit, die sich durch sie erfüllt. Der Arbeiter wird für seine nützliche Tätigkeit mit einem geringen Lohn abgefertigt, aber trotzdem soll und muß er alles, dessen er bedarf und wozu ihn das Gesetz zwingt, noch besonders bezahlen. Ja, welchen Wert sollen da Gemeinde und Staat für den Arbeiter haben, wenn sie doch nichts für ihn tun, wenn er für seine Steuern keine Gegenleistung erhält, wenn er überdies noch gegen hohen Lohn für andere arbeiten muß? Unentgeltlicher Schulunterricht, Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und Schreibmaterialien ergeben sich so als selbstverständliche Forderungen.

Kommt das Arbeiterkind aus der Schule, so hat die Gesamtheit wieder nicht für es gesorgt. Den Kindern der Besthenden stehen zahlreiche höhere Schulen zur Verfügung, die auf Kosten der Gesamtheit, auch der Arbeiter, erhalten werden. Der Arbeiterlohn aber muß als jugendlicher Arbeiter dem Erwerb nachgehen oder als Lehrling in eine Werkstatt oder Fabrik eintreten, um sich 2, 3 bis 4 Jahre ausbilden und mißhandelt zu lassen, ohne vielleicht bei alledem den Beruf auch wirklich zu erlernen, für den er sich ausbilden wollte. Das ist ein jämmerlicher Zustand, aus dem sich die Forderungen nach Abschaffung des privaten Lehrlingswesens und die Errichtung von Fachschulen und Lehrwerkstätten durch Gemeinde und Staat ergeben.

Als Lohnarbeiter findet der Proletarier in der Werkstatt oder Fabrik lange Arbeitszeit, schlechte Löhne, schlechte Behandlung, Mißstände aller Art; ferner die Unsicherheit der Existenz, die sich abwechselnd in völliger Arbeitslosigkeit äußert, nur mit viel Mühseligkeit wird von der Arbeiterschaft etwas gesammelt und gerettet und die Unternehmer und ihre Handlanger erheben ein großes Geschrei über ihren Ruin, den diese Gesetzgebung mit ungleicher Sicherheit herbeiführt. Der Arbeiter aber steht mit empfindet, daß noch sehr wenig für ihn getan wurde und daß so gut wie noch alles für ihn zu tun ist. Arbeitslosigkeit, freier Sonntagsgang, Nacht- und Sonntagstraßen, arbeitsloser Winterurlaub.

Das Feuerzeug.

(Schreibart mit Zündkerze gezeichnet)

Wer nicht aus irgendwelchen Gründen gezwungen ist, mit dem Schanzblei den Zündkerze zu geben, gibt manchem den Eindruck, daß die seit dem 1. Oktober in Kraft befindliche Zündkerze noch oder wenigstens noch nicht imstande sein wird, das Defizit der Zündkerzen in jeder Höhe zu decken, wie es ihre Erfinder erwarteten. Schon die Vorgänge, die sich unmittelbar nach der Ausgabe der Zündkerze durch den Reichstag abspielten, waren charakteristisch. Überall entstand eine lebhafteste Nachfrage nach Zündkerzen, viele Geschäfte, Warenhäuser, Kaufmännische z. B. hatten in wenigen Tagen ihre Lager ausverkauft. Wer es irgend ermöglichen konnte, wollte einen größeren Vorrat eindecken. Die Preise stiegen infolge der großen Nachfrage plötzlich in die Höhe. Es kam noch dazu, daß seit dem 1. August der ersetzte Einheitspreis auf Zündkerzen in Kraft war. Der Preis, der früher 11% bis 12% für 1000 Kerzen betrug, wurde dadurch auf 34 bis 35 % erhöht — eine Preissteigerung für die Fabrikanten und Geschäfte, denn infolge des Preises war es möglich, die Preise für das Blei um einige Pfennige zu erhöhen. Durch den Preis wurde die Einfuhr ausländischer Zündkerzen behindert und die Fabrikanten und den Geschäften eine zweimonatliche Kassefrist gewährt, die sie zum Teil für die nach dem 1. Oktober ausfindig gemachten einströmenden ausländischen Kerzen nutzten. Nichtsdestoweniger liegt die Einfuhr ganz bedenklich. In den ersten acht Monaten des laufenden Jahres sind 29 263 Doppelkerzen Zündkerzen eingeführt worden, davon allein im August 29 301 Doppelkerzen. Dagegen wurden in den ersten acht Monaten des Jahres 1908 nur 2169 Doppelkerzen eingeführt. Nach dem 1. Oktober hat der Geschäftsgang in den Zündkerzenfabriken plötzlich nachgelassen; teilweise arbeiten sie mit vermindelter Arbeitszeit, wobei die Arbeiter und die Arbeiterinnen natürlich entsprechende Lohnminderungen erleiden, zumal weil es ihnen bei der gegenwärtigen Lage wohl nur zum geringen Teile möglich sein wird, anderwärts Lohnende Beschäftigung zu finden. Es ist auch wohl kaum anzunehmen, daß die deutsche Zündkerzenfabrikation jemals wieder den Anfang annehmen wird, den sie

gesunde Arbeiterdame z., unbeschränkte Qualifikationsfreiheit, unbeschränktes Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung der Arbeits- und Lohnbedingungen, und zwar in öffentlichen wie privatem Betrieb u. s. w. sind alle Forderungen der Arbeiter, die aber erfüllt werden müssen und auch werden vermocht werden.

Dazu kommen weiter die Wohnungsfürsorge durch Gemeinde, Staat und Baugenossenschaften mit Ausweisung des Einzelgenietums oder Privatgenietums an den Wohnhäusern; öffentliche Volkshäuser, Volkshäuser, Parkanlagen, Volkshäuser, Volkstheater, Volkstheater z.

Ferner die Demokratisierung von Gemeinde und Staat im Sinne vollkommener Gleichberechtigung, Abschaffung aller Abgaben und indirekten Steuern und Schaffung von direkten Progressivsteuern; Abschaffung des bestehenden Heeres, Einschränkung des Militarismus und der Wehrpolitik. Gleiche Rechte für Frauen wie für Männer gehören selbstverständlich zur Demokratie.

Das wäre im großen und ganzen ein System der Sozialpolitik, das sogar auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung geschaffen werden könnte. Sind doch alle aufgestellten Forderungen schon verwirklicht, wenn auch nicht alle in einem Lande, aber doch die einen da, die anderen dort, was beweist, daß sie keine Utopien, sondern durchführbar sind.

Die Mahnung an das, was zu tun ist, ist in der gegenwärtigen Situation, da durch den neuen Raubzug mit den 400 Millionen neuer indirekter Steuern aller sozialpolitische Gerede der herrschenden Klassen als höhnisches Geschwätz entlarvt wird und da eine neue Reichstagsession vor der Tür steht, sehr zeitgemäß. Einige sozialpolitische Vorlagen, wie die über die Arbeitskammern, die Revision der Gewerbeordnung, die Reichsversicherungsordnung stehen in Aussicht, aber sie wollen den Arbeitern mehr nehmen als geben, getreu der ganzen Art der bisherigen deutschen Sozialpolitik.

Eine wirkliche und konsequente Sozialpolitik muß auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens die Interessen der bestellten Massen wahrnehmen und sie darf nicht durch stete Weitervermehrung der Steuerlasten, durch drückende und mucherische Lebensmittelpreise, durch Grenzschranken, durch Getreide- und Mehlaustrahmungen u. s. w. die Existenz der Arbeiter erschweren und verschlechtern oder gar ganz vernichten, wie es die letzte Zigarettensteuer für Tausende von Tabakarbeitern getan hat, die als Arbeitslose auf die Straße geworfen wurden.

Derartige arbeitserfindliche, jede Sozialpolitik blutig verhöhrende kapitalistisch-feudale Klassenpolitik kann für die Zukunft nur verhindert werden durch die Stärkung der politischen Macht der Arbeiter, die durch Ausbehnung und Erhaltung der Organisationen und durch die Vermehrung der sozialdemokratischen Abgeordneten in den Behörden erreicht werden kann. Durch die Erhöhung des politischen Einflusses der Arbeiterschaft kann andererseits die positive Sozialpolitik, die diesen Namen auch wirklich verdient, gefördert werden. Es kann auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung, an deren Erhaltung wir ja im übrigen kein Interesse haben, sehr wohl eine weitgehende Sozialpolitik zugunsten der Arbeiter getrieben werden. Die wichtigste Sozialpolitik wird aber immer die Umwandlung des Eigentums an den Produktionsmitteln in Gemeineigentum bleiben, durch das dann auch erst konsequent der Wohlfahrtsstaat für alle aufgerichtet werden kann. Dieses Ziel ist das Opfer des volksfeindlichen Kapitalismus wert.

Die deutsche Lokomotivindustrie.

II.

Die Lage der Arbeiter.

Die Unternehmer dieser Industrie gehören fast sämtlich dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller an, sind also gut organisiert. Von den Arbeitern kann man das gleiche leider nicht berichten. Nur in einigen Betrieben ist das Organisationsverhältnis der Arbeiter ein solches, daß es einen Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse ermöglicht. So erklären sich denn die schlechtesten Arbeitsverhältnisse in den meisten der 17 Werke, wie wir im weiteren sehen werden. Ungeheimt trifft bei den meisten der in Betracht kommenden Firmen die Betriebsleitung die Anordnungen, die ihr zur Erzielung eines möglichst hohen Gewinns geeignet erscheinen. Mit der Leitung der Arbeiterorganisation wird bei Differenzen offiziell nirgends verhandelt, in einigen Fällen höchstens inoffiziell. Arbeiterauschüsse bestehen zwar in 11 Betrieben, infolge der Indifferenz der Mehrheit der Arbeiter kommen sie jedoch in den meisten Betrieben nicht zur Geltung. Sie werden nicht befragt, sondern dienen nur als Dekorationsstück, an das man bei ihrer Schaffung auch nur gedacht hat.

Einzelne Firmen machen in „Wohlfahrt“, bauen Arbeiterwohnhäuser und haben Jubiläen, Witwen- und Rentenlisten für ihre Arbeiter eingerichtet. Allen voran auf diesem Gebiet dürfte die Firma Henschel & Sohn in Cassel sein. Der Esslinger Maschinenfabrik ist ja durch Urteil des Stuttgarter Landgerichts, wie in der Metallarbeiter-Zeitung seinerzeit berichtet wurde, das Grundvertragsrecht worden. Nachdem die Firma verpflichtet ist, die von den Ar-

beitern gezahlten Beiträge bei Abfertigung des Arbeiters vollständig zurückzugeben, hat die Firma ja den beschriebenen Zweck für die Firma erfüllt. Es ist leider nicht anzunehmen, daß in anderen Betrieben andere Gerichte in ebenso vernünftiger Weise wie das Stuttgarter entschieden werden, bis aber die Gesetzgebung regelnd eingreift, dürfte, nach den diesbezüglichen Reichstagsverhandlungen zu schließen, noch Jahre vergehen. Was es mit dem Wohlfahrtsstreben der Unternehmer in Wirklichkeit auf sich hat, das beleuchtet die Tatsache, daß in diesen Betrieben für den Arbeiterschutze wenig oder gar nichts geschieht. Interessant ist, was aus der Esslinger Maschinenfabrik und von Henschel & Sohn, die sich beide um die Wohlfahrt der Arbeiter durch Errichtung von Kasernen so sehr bemühen, in bezug auf Arbeiterschutze berichtet wird. Danach ist dieser durchaus ungenügend. Wie es in der Zeitschrift der Betriebskrankenkasse vom Jahre 1908, nach der von durchschnittlich 5708 beschäftigten Arbeitern 5275 Erkrankungsfälle bei einer Krankheitsdauer von 77 375 Tagen festgestellt wurden. Das heißt: die Zahl der Erkrankungsfälle betrug 92,41 Prozent. Auf den Krankheitsfall kam eine Krankheitsdauer von 14,86 Tagen. Diese unerschrocken hohen, in Deutschland wohl einzig dastehenden Zahlen sind zwar auch mit darauf zurückzuführen, daß im letzten Jahre die Arbeiterschaft eine langausgedehnte war, Ueberstunden und Nachtarbeit bis an die Grenze des Möglichen verlangt wurden, aber ungenügende Sicherheitsvorrichtungen und das Fehlen jeglicher Ventilation zum Abführen der schlechten Luft haben auf die Gesundheit der Arbeiter doch auch sehr ungünstig eingewirkt. Im allgemeinen liegt der Arbeiterschutze, besonders aber bei den Feinschmiedern, Metern, Steinern und auch bei den Formern im argen. Eine Anrechnung auf unsere Organisation, dem Arbeiterschutze in der Metallindustrie erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Die Hauptfrage bezüglich der Arbeitsverhältnisse ist die Arbeitszeit. Normal beträgt diese heute in keinem Betriebe mehr als 10 Stunden. Für die Arbeiter, die im Lokomotivbau beschäftigt sind, beträgt die tägliche Arbeitszeit 10 Stunden für 7939 — 31,6 Prozent, für 200 — 0,8 Prozent 9 1/2 Stunden, für 8185 — 32,4 Prozent 9 1/4 Stunden, für 5378 — 21,4 Prozent 9 Stunden und für 3448 — 13,7 Prozent 8 1/2 Stunden pro Woche. Zusammen arbeiten demnach 11 587 Arbeiter über 9 1/2 Stunden pro Tag — 46,2 Prozent und 13 513 — 53,8 Prozent 9 1/2 Stunden und weniger. Im einzelnen unterrichtet die Tabelle I über die Arbeitszeit in den Betrieben. (Da es sich bei dieser Arbeit speziell um die im Lokomotivbau beschäftigten Arbeiter handelt, sind nur die Zahlen dieser Arbeiter in der Tabelle enthalten. Die gleichen Verhältnisse wie für diese Arbeiter dürften auch für die Arbeiter in den Werken herrschen, bei denen der Lokomotivbau nur Teilbetrieb der Firma ist.)

Die Dauer der täglichen Arbeitszeit wäre im Hinblick auf das Organisationsverhältnis der Arbeiter nicht einmal als sehr ungünstig zu bezeichnen, wenn die angegebene Arbeitszeit die normale wäre. So liegt es nun aber leider nicht. Die angeführte Arbeitszeit steht bei fast allen Werken nur auf dem Papier. In der Regel werden täglich noch 1 bis 2 Ueberstunden gemacht, ohne daß dafür überall eine Extrabezahlung gewährt wird. Nach unserer Zusammenstellung sind es zusammen 15 555 Arbeiter, die für Ueberstunden eine Extrabezahlung erhalten. 9545 — 38 Prozent erhalten keine, obwohl auch von ihnen, und gerade von ihnen, in erheblichem Maße Ueberarbeit verlangt wird. Die Extrabezahlung für Ueberstunden ist eines der Mittel, dem Unter-

Firma	Arbeiterzahl	Die Arbeitszeit beträgt für Anzahl Arbeiter Stunden pro Tag				Ueberstundenbezahlung erfolgt für Anzahl Arbeiter pro Stunde					
		10	9 1/2	9	8 1/2	überhaupt	20%	25%	30%		
A. Vorjig	2223	—	—	—	2223	—	—	—	—		
Schwarzlopp	1800	—	—	—	1800	—	—	—	—		
Maschinenbau- anst. Breslau	1250	1250	—	—	—	1250	—	—	—		
Henschel & Sohn	5200	—	—	5200	—	5200	—	—	5200		
H. Hartmann	880	880	—	—	—	880	—	—	—		
Hohenzollern	825	825	—	—	—	—	—	—	—		
F. Schichau	2000	2000	—	—	—	—	—	—	—		
Maschinenfabr. Esslingen	500	500	—	—	—	—	—	—	—		
Essl. Maschinenbauanst. H.-S.	1374	1174	—	—	200	1374	—	1174	200		
vorn. Esslinger	3248	—	—	—	3248	3248	—	—	—		
Ehr. Hagans	200	—	200	—	—	—	—	—	—		
Gumboldt	510	510	—	—	—	—	—	—	—		
Union-Gießerei Sulfan	800	800	—	—	—	—	—	—	—		
Krauß & Co.	687	—	—	687	—	—	—	—	—		
Maffei	608	—	—	608	—	608	—	—	608		
vorn. Drenstein & Koppel	1840	—	—	1840	—	1840	—	—	1840		
	1355	—	—	—	1355	—	—	—	1355		
Zusammen	26100	7939	200	8185	5378	3448	15555	2130	3422	200	5200

In der ersten Stunde nichts, in der zweiten und dritten Stunde 10 %, nach 9 Uhr 20 %, Lohnarbeiter 20 Prozent, Arbeiter 10 Prozent.

bisher hatte. Nachdem der Preis für die Zündkerzen sich beinahe verdreifacht hat, sucht man natürlich in erster Linie möglichst wenig Zündkerzen zu verbrauchen. Das ist der beste vorläufige Sprichwort: Wer sparen will, muß beim Zündholz anfangen, hat plötzlich eine viel ernsthaftere Bedeutung erlangt als früher.

Nachdem die Zündkerzen so verteuert worden sind, sucht man eifrig nach Ersatzmitteln, die nicht der Steuer unterliegen. Die bekannten Zündkerzenapparate mit ganz kleiner Gasflamme, bei denen ausschließlich der Gasstrom fließt und demzufolge die Flamme größer wird, wenn man sie in die Hand nimmt, hat man auch schon in Wirklichkeit eingesetzt. Die Gaszylinder für Klempner und Fuhrleute enthalten viele Anzeigen von Fabrikanten, die solche und ähnliche Apparate empfehlen. Die Zündkerzen sind eine Erfindung für „Inkassanten“! Ichreicht die Firma Gebrüder Jacob in Bielefeld in ihren Anzeigen. Die von dieser Firma gefertigten Apparate verschiedener Art sollen täglich nur ungefähr für 1 1/2 Gas verbrauchen. Wenn dies der Fall ist, so kostet es sich schon für jede auch nur einigermaßen beachtliche Wirklichkeit, mehrere solcher Zündkerzenapparate anzuschaffen. Die Firma Fischer & Co. in Mainz prätendiert Zündkerzen für Gas, bei denen hundert Zündkerzen noch nicht 2 1/2 kosten sollen, was ganz hundert Zündkerzen jetzt ungefähr über 4 1/2 kosten. In ähnlicher Weise annoncierten noch zahlreiche andere Fabrikanten.

Für solche ohne Gasleitung und dort, wo transportable Apparate notwendig sind, kommen Zündkerzenapparate mit flüssigem Brennstoff in Betracht. Es handelt sich hauptsächlich darum, diese möglichst einfach und praktisch zu konstruieren. Auch sollen sie natürlich möglichst wenig Brennstoff verbrauchen. Die vereinigten Eisenbahnen Werke in Dresden haben für einen kleinen Zündkerzenapparat den Reichs-Konkurs erworben, bei dem Petroleum und Spiritus zugleich verwendet werden. Er besteht aus einem selbsttätigen Gaszylinder, das oben ein Petroleum-Lämpchen mit einem 1 1/2 Liter enthalt. Unten wird in schräger Stellung ein Spiritusbehälter lose eingesetzt. Dieser hat an seinem oberen Ende eine leuchtige Eingangsöffnung, in der ein Zündkerzenapparat genau passt, um das Spiritusgas durch die verstellbare Der Zündkerzenapparat ist ein Messingstück angefertigt und am unteren

Ende mit Metallgaze bewickelt. Diese genügt, um feinsten Spiritus aufzunehmen, wie für eine kurze Zeit brennende Flamme notwendig ist. Das Lämpchen verbraucht in zehn Stunden für 1/2 Liter Petroleum. Statt des Spiritusbehälters können auch Gaszylinder oder Zündkerzen verwendet werden. Einen anderen Apparat ähnlicher Art fabriziert die Lampenfabrik von Weyher & Wilmes in Rheine an der Ruhr schon seit einigen Jahren. Dieser Apparat wird mit Benzin geheizt. Es befindet sich in einem Schwamm, aus dem der Dampf des Lämpchens den Brennstoff saugt. Ferner führen zwei Rohre in des Schwammbehälter. Darin befinden sich die lose eingesetzten Zündkerzen, die aus Metall hergestellt sind mit einer selbsttätigen Zündkerze versehen sind. Der Apparat verbraucht täglich für 1/2 bis 1 1/2 Liter Benzin.

Von wesentlich höherer Bedeutung sind natürlich die Feuerzeuge, worin nicht fortwährend eine Flamme brennt, sondern wo das Feuer jedes mal erst von neuem erzeugt wird, weil nur solche auch dort vorteilhaft sind, wo nicht fortwährend oder sehr oft Feuer gebraucht wird, wie zum Beispiel in kleineren Haushalten und bei einzelnen Privatpersonen. Auch solche Feuerzeuge gibt es schon früher. Sie galten aber mehr als Spielereien und Kuriositäten, waren im Gebrauch auch eher noch teurer als Zündkerzen. Anders ist es jetzt geworden. Jetzt hat man die Zündkerzen gewaltig verteuert und die anderen Feuerzeuge werden in so großen Massen hergestellt, daß sie schon bedeutend billiger geworden sind. Es sind hauptsächlich zwei verschiedene Arten von Feuerzeugen, die in den letzten Monaten größere Verbreitung gefunden haben.

Da ist zunächst in der einen Art von Feuerzeugen der schon früher bekannte Platinmohr (auf chemischem Wege sehr fein verteiltes Platin) zu Ehren gekommen. Wird dieser mit gewissen Gasen in Verbindung gebracht, so gerät er ins Glühen und wenn diese Gase brennbar sind, so werden sie durch ihn entzündet. Diese Eigenschaft des Platinmohrs hatte schon 1823 der Apotheker Döbereiner bei der Konstruktion des nach ihm benannten Feuerzeugs verwertet. Dies bestand aus einem mit verdünnter Schwefelsäure oder Salzsäure gefüllten Gefäß, an dessen Boden ein kleineres, trichterförmiges Gefäß war, das es mit dem weiteren Ende in die Flüssigkeit einbaute. In dem Gefäß hing ein Stück

nehmen die Arbeiterbestände zu verkleinern und ihn zur Einstellung einer geregelten Arbeit zu veranlassen.

Ein weiteres wichtiges Kapitel ist die Akkordarbeit (siehe Tabelle II) und die Verteilung dieses Systems. In eine Beurteilung der Akkordarbeit ist es heute nicht mehr zu denken.

Akkordarbeit. (Tabelle II.)

Table with 10 columns: Firma, Beschäftigte, Lohn, Stundenlohn, etc. Lists various companies like A. Borfig, Schwarzkopf, etc.

Zusammen 25100 14471 4323 21800 3300 9166 12124

Bei unseren sämtlichen Bewegungen und vor allem auch bei unserer großen Forderungsbewegung im Jahre 1906 war bei Aufstellung der Forderungen die Regelung der Akkordarbeit als wichtigste Forderung mit vorgezogen.

Die Art der Arbeit in der Eisenindustrie und speziell auch im Lokomotivbau bringt es mit sich, daß vornehmlich die Schloffer nicht in Einzelakkord, sondern in der Kolonne mit einem Vorarbeiter - Schieber, Schütz, wie er auch genannt wird - bis zu zwanzig und mehr Mann arbeiten.

Zink. Kam dieses mit dem angesäuerten Wasser in Berührung, so entwickelte sich Wasserstoff. Dieser entwich durch den Deckel des großen Gefäßes, strömte gegen den Platinrohr und entzündete sich dort.

In den letzten zehn Jahren hat der Platinrohr in immer steigendem Maße bei den sogenannten Gasleitungsarbeiten Verwendung gefunden.

den Handhabung weit verbreitet ist, voransteht und, in diesem Zusammenhang etwas ausführlicher darauf einzugehen. Gerade aus diesen Akkordverhältnissen erklärt sich zum Teil die Schwierigkeit der Organisationsarbeit unter den Arbeitern.

An den Lokomotivleistungen für die rumänischen Staatsbahnen nahmen, der Neuen Preten Presse zufolge, deutsche, österreichische, belgische und russische Firmen teil.

Wenden wir uns nun der Besprechung des Vorarbeiter Systems zu. Der Vorarbeiter ist keineswegs immer nur eine zur Aufsicht von dem Unternehmer bestellte Person.

Über noch in anderer Richtung zeigen sich Gefahren. Unter diesem System sind nämlich die Arbeiter fast gar nicht in der Lage, Akkordreduktionen abzuwehren.

In diesen Apparaten hängt die Zündpille an feinen Platinbrähren in einem kleinen Rahmen. Dieser wird in einen Behälter getaucht, an dessen Wandung ein schlauchförmiger Docht in der Weise anliegt, daß er einen Hohlraum bildet.

Bei der einen dient als Alkoholbehälter ein einfaches kurzes Rohr mit einem Deckel, woran der Rahmen mit der Zündpille oben darauf befestigt wird.

bigungen genug gebracht hat. Es kommen sehr Akkordreduktionen in einzelnen Betrieben in ziemlich hoher Zahl vor, ohne daß dagegen Stellung genommen werden konnte.

Diese ganzen Mißstände der sehr unterschiedlichen und unkontrollierbaren Bezahlung, des mangelnden Schutzes gegen Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse und der großen Abhängigkeit eines Teiles der Arbeiter, haben ihre Ursachen nicht, wie wir wiederholt hören können, in den Personen, sondern im ganzen System.

Demgegenüber muß die Zusammengehörigkeit der sämtlichen in einem Betrieb beschäftigten Arbeiter immer von neuem betont werden. Sie alle werden ausgebeutet und alle haben das gleiche Interesse an der Besserung der Zustände, ganz ohne Rücksicht auf die Höhe des Verdienstes.

Entlohnung nach Berufen. (Tabelle III.)

Table with 10 columns: Firma, Lohn, etc. Lists various companies and their corresponding wages.

Zusammen 25100 14471 4323 21800 3300 9166 12124

Die Lohnabelle kann leider Anspruch auf unbedingte Zuverlässigkeit nicht machen. Sie ist nicht in allen Fällen das Resultat von Erhebungen.

geringer Reibung sehr lebhaftes Funken, so daß es möglich ist, leichter brennbare Gegenstände, wie Spiritus oder Benzin, damit zu entzünden.

einem großen Teil des Wertes wegen Arbeitsmangel jetzt die Wertelose veräußert werden. Im anderen Teil des Werteloses sehen die Arbeiter Tagelohn aus. Es entsteht dadurch ein erheblicher Ausschlag an dem ohnehin nicht hohen Verdienst und es erscheint unklar, wie mit solch geringen Einnahmen die Familien der Arbeiter nur einigermaßen anständig ernährt werden, wie die Arbeiter den steigenden Anforderungen des Lebens gerecht werden können. Einiges der Argumente der Schulzweiler für die Erhöhung der Industriellen war 1909, daß man die deutsche Industrie leistungs- und konkurrenzfähig machen müsse, damit sie in der Lage sei, auch höhere Löhne bezahlen zu können. Nun, die deutsche Automobilindustrie ist leistungs- und konkurrenzfähig, ihre Arbeitnehmer zahlen gut und pünktlich, der Gewinn der Unternehmer ist mit 18 bis 19% Prozent im Durchschnitt innerhalb der letzten drei Jahre ein weit über das Normale hinausgehender — nach der ersten amtlichen Rentabilitätsstatistik der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1907/08 betrug die Durchschnittsrentabilität bei 3900 Gesellschaften 8,1 Prozent —, aber die Arbeitsverhältnisse sind durchaus unbefriedigend. Ein weiterer Beweis, daß einzig und allein eine gut organisierte Arbeiterschaft es zustande bringen kann, sich den ihr zukommenden Anteil an dem Ertrag der Arbeit zu sichern. Diese Erkenntnis muß auch in immer weiterer Breite der Arbeiter der für die Unternehmer so rentablen Automobilindustrie getragen werden.

Albert Grzesinski (Cassel).

• Akkordarbeit und Kalkulationswesen.

Die Metallarbeiter-Zeitung brachte schon mehrmals Abhandlungen über Akkordwesen, Lohnzahlungssysteme, Kalkulationswesen, Prämienysteme etc. Aus all diesen Aufsätzen war zu ersehen, daß keines von den verschiedenen Systemen vollkommen oder auch nur gut zu nennen ist. So, man kommt dabei zu dem Schluß, daß es im privatkapitalistischen Betrieb überhaupt nicht möglich ist, diese Fragen endgültig zu lösen. Was nun das Kalkulationswesen betrifft, so wird es ebenso wenig einmal ein „vernünftiges“ geben wie ein „human durchgeführtes Prämienystem“. Ehe auf die Kalkulation eingegangen wird, sei einiges über die Akkordarbeit im allgemeinen gesagt, denn die Vorkalkulation, die allein hier zu behandeln ist, kann sich nur auf die Akkordarbeit beziehen, und mit der Nach- oder Fertigungskalkulation haben die Arbeiter weniger oder gar nichts zu tun. (Hierüber konnte man in Nr. 6 vom Februar 1909 das nötigste lesen.)

Als die Unternehmer, gedrängt von dem Zwangsgefeß Konkurrenz, genötigt wurden, billiger zu produzieren, und zu diesem Zweck die Arbeit statt in Zeitlehn, in Stücklohn an ihre Arbeiter vergaben, waren dafür verschiedene Gründe maßgebend. Die Unternehmer gingen von dem Standpunkt aus, daß es nicht allein für sie, sondern auch für die Arbeiter weit besser sei, wenn diese ihre körperlichen und geistigen Kräfte voll zur Entfaltung bringen können. Dies sei aber, meinten sie, bei dem in Zeitlehn Arbeitenden nicht der Fall und deshalb sei das Stücklohnsystem, also die Akkordarbeit, für beide Teile das Beste. Zugegeben, daß es für den einen oder anderen Menschen gut oder ein Bedürfnis ist, wenn er seine Fähigkeiten zur vollen Entfaltung bringen kann. Doch muß dabei erwogen werden, wie weit dies für die Gesamtheit der Arbeiter Vorteile oder Nachteile bringt. Vorteile vor dieser unbeschränkten Ausweitung einzelner Arbeitskräfte für die Gesamtheit gar keine bringen. Man braucht nur ein klein wenig soziales Verständnis zu haben, um einzusehen, daß wenn man dem einzelnen Arbeiter in der Bekämpfung seiner Arbeitskraft freies Spiel gewährt, ihn ohne Rücksicht auf die übrigen Angehörigen seiner Klasse draufschieben ließe, ein Zustand der Anarchie eintreten und dem höchsten Egoismus Tür und Tor geöffnet wäre. Den Unternehmern wäre dies wohl recht, aber die Erfahrung lehrt, daß, was diesen recht ist, einen Schaden für uns bedeutet. Auch ist zu beachten, daß es in jedem Beruf viele Arbeiter gibt, die aus irgend einem Grunde, sei es mangelhafte Ausbildung, körperliche Beschaffenheit u. s. w. nicht eine solche Intensität erlangen können, wie einige wenige mit allen Vorteilen ausgestattet. Erstere sind dann in den Augen der Unternehmer einfach „faule Kerle“. Die Akkordarbeit hat aber noch andere Mängel. Sie zum Beispiel einmal eine Arbeit in Stücklohn vergeben, also ein bestimmter Preis für die Arbeit festgesetzt, vorausgesetzt, daß dieser Preis gegenseitig vereinbart ist, so wäre, wenn keine Reduktion des Preises vorgenommen wird, dieses Stücklohnsystem tatsächlich besser als das Zeitlehnsystem. Es wäre eben dem Arbeiter möglich, durch das „Eingearbeitete“ einen verhältnismäßig höheren Lohn zu erzielen, wie er ihn selbst bei tatsächlicher Ausleistung seiner Leistung in Zeitlehn wie erhielte. Der freie Wettbewerb auf dem Weltmarkt, was der Kaufmann mit Konkurrenz bezeichnet, hat aber notwendig zur Folge, daß jeder Unternehmer bestrebt ist, billiger zu produzieren, letzten Endes also für die Fertigung seiner Waren immer weniger Arbeitslohn zu bezahlen. Die Arbeiter sind es aber, die nicht etwa in letzter, sondern meist in erster Linie die Kosten dieses Konkurrenzens zu tragen haben. Sträuben sie sich dagegen, so nennt man das unüberwindlich, maßlos, ja sogar unvernünftig.

Bei der Einführung der Akkordarbeit sagten sich die Unternehmer auch noch: Der Arbeiter sei, wenn er in Akkord arbeitet, bestrebt mehr an der Fertigstellung der Arbeit interessiert als bei der Tagelohnarbeit. Er kümmere sich viel mehr um die Beschaffenheit des Materials, um die Vorarbeiten u. s. w. und nehme so den Vorgesetzten einen Teil der Arbeit weg. Ganz recht, denn es kann dem Arbeiter nicht gleich sein, wenn er die Arbeit fertig bekommt; er verlangt deshalb Arbeit, rekrutiert die nötigen Teile zu seinem Arbeitsmaß, um so schnell wie möglich seinen Akkord abzurufen zu können. Hier treffen die Interessen von Arbeiter und Unternehmer zusammen. Doch heute geht man von ganz anderen Gesichtspunkten aus, wenigstens in Großbetrieben. Die modernen Großbetriebe mit ihren komplizierten Benutzungsarten, mit den Kalkulationswesen suchen die Frage des „Biligerproduzierens“ anders zu lösen. Sie räumen vor allen Dingen mit dem speziell deutschen Standpunkt auf, der da die Arbeit sein hauptsächlich und hauptsache anzusehen ist. Man hört von diesen Leuten gar zu oft, daß fortwährend Arbeiter Unruhe sei, die Amerikaner hätten diesen (den Leuten) längst über Bord geworfen. Es dürfte an dem einzelnen Arbeiter die Arbeit nur noch das Notwendigste bearbeitet werden u. s. w. So wird es sein. Die Direktoren der Großbetriebe, hauptsächlich die kapitalistischen, billigen dieses Standpunkt selbstverständlich, weil er doch einen größeren Profit eröffnet. Auch die übrigen Vorgesetzten der Arbeiter sind sich dabei einig. Aber nur scheinbar, denn sobald eine Kalkulation eines Arbeitstages fertig ist, was in der Regel eine Preisbestimmung bedeutet, können auch schon die Meister und Kontrollanten nach verlangen wieder freier, billiger Arbeit. Auf diese Art wird der Arbeiter gezwungen, bestrebt er sich wegen dieses Widerspruchs zwischen Kalkulation und Fertigung, so hat man dafür in der Regel nur ein beschränktes Maß angedeutet. Es siehe ja auch nur, der Lohn der Arbeiter wird von den Kalkulatoren auch immer herabgesetzt, daß sie sich um keine Kalkulation mehr zu kümmern, daß sie nicht mehr am Material zu tun haben. Sobald über-

der Preis dieser „vereinfachten“ Methode entsprechend gedreht ist, muß der Arbeiter, ob er will oder nicht, sich nach wie vor um die Beschaffung des Materials kümmern. Wohl wird der Meister ein- oder zweimal dem Arbeiter diese Last abnehmen, doch gar zu bald muß der Arbeiter sehen, daß das die Dauer nicht geht, daß die Arbeiter weiterkommen, wenn sie selbst nach dem Rechten sehen. Wollten die Arbeiter alle diese Angaben der Kalkulationsbeamten, die eine billigere Herstellung der Ware rechtfertigen sollen, strikte befolgen, so wäre das eigentlich passivste Resultat, eine starke Verzögerung der Fertigstellung.

Um nun zu dem „vernünftigen“ Kalkulationswesen zu kommen, sei zunächst gesagt, was eigentlich in diesem Falle vernünftig heißt. Und da wird die Antwort lauten, daß immer das, was die Unternehmer vernünftig nennen, in unseren Augen unvernünftig, und das, was wir vernünftig nennen, in den Augen der Unternehmer unvernünftig ist. Hierüber wird ebenfalls eine gleiche Auffassung erzielt werden können, wie über die Berechtigung zum Streik. Vor allem sind doch die Kalkulationsbeamten, mögen sie nun aus Arbeiterkreisen hervorgegangen sein oder aus sonstigen Berufsstellungen, bestrebt, das, was sie dem Unternehmer kosten (also ihr Gehalt), heraus zu kalkulieren. Ihr eigenes Interesse, ihr Egoismus wird sich über alle Rücksichten und Gefühle hinwegsetzen, sie werden nicht ernstlich das Bestreben haben, dem Arbeiter einen angemessenen Verdienst zukommen zu lassen. Denn es würden das die Vorgesetzten des Beamten nicht gern sehen, da ein Angestellter einer Firma sich schon vertraglich verpflichten muß, in erster Linie die Interessen der Firma zu wahren. Ein Beamter darf alles andere eher sein als rücksichtslos gegen die Untergebenen. Betrachtet man sich die Elemente, die sich zu solchen Posten hergeben, dann findet man, daß die meisten von Natur aus Egoisten sind, die sich von nichts anderem leiten lassen bei ihrem Streben, als von ihrem eigenen Vorteil. Solche Elemente sind dann den Unternehmern die vollkommensten, denn es bedarf hier nur einer leisen Andeutung auf eventuelles Ausfrüden in höhere Stellen oder einer Gehaltserhöhung, dann greifen diese Leute zu den erbärmlichsten Mitteln, um die Günst ihrer Vorgesetzten zu erringen. Kein Verbandskollege dürfte sich zu solch schmutzigem Handwerk hergeben. Man denke sich: ein Arbeiter, der immer bestrebt war, für seine Arbeit einen annehmbaren Preis zu erhalten, damit er sich nicht zu finden braucht, oder der oft Arbeiten ausführen mußte zu Akkordpreisen, die es ausschlossen, daß man einen ausreichenden Verdienst dabei erzielen konnte, wird zu dem Posten eines Kalkulators berufen. Sein Ehrgeiz bestimmt ihn, das in ihn gesetzte Vertrauen zu würdigen und den Posten anzunehmen. Was muß man mit einem solchen Menschen erleben? Am ersten Tage seiner neuen Stellung geht er zu seinen Arbeitskollegen und verlangt von ihnen, dieselbe Arbeit, seine eigene Arbeit, um die Hälfte des Preises auszuführen. Welche Konflikte müssen sich im Innern eines solchen Menschen abspielen, bis er sich entschließt, allen Vorkäufen seiner Kollegen, aller Verachtung derselben Trost zu bieten und dem Unternehmer weiter zu dienen des eigenen Vorteils wegen? Nach und nach wird er jedoch empfindungslos gegen alle Anrempelungen und es macht ihm schließlich Vergnügen, seine früheren Kollegen zu „wühlern“.

Was werden nun die anderen tun, die nicht aus der Werkstätte zu diesen Kerkern berufen werden, die überhaupt gar keine oder keine genügende praktische Ausbildung genossen haben? Werden sie in der Lage sein, die Zeitdauer für ein Arbeitsstück festzusetzen? Leute, die oft gar keine Materialkenntnis besitzen, was unbedingt nötig ist, da jedes Material andere Methoden der Bearbeitung nötig macht. Diese werden mehr oder weniger schematisch verfahren bei ihrer Kalkulation, sie werden unter Zuhilfenahme von Tabellen die Zeitdauer für die Bearbeitung der Arbeitsstücke feststellen. Die betreffenden Tabellen enthalten Angaben über die verschiedenen Geschwindigkeiten zum Bohren, Fräsen, Drehen, Hobeln u. s. w. Danach wird die Bearbeitungszeit festgestellt. Daß hierbei die höchste Leistungsfähigkeit der Werkzeuge sowohl wie der Werkzeugmaschinen angenommen wird, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Es kann im Rahmen dieses Aufsatzes nicht auf alle Einzelheiten, die aus dem Kalkulationswesen resultieren, eingegangen werden und es interessiert dies jedenfalls auch nicht alle unsere Verbandskollegen der verschiedenen Branchen. Deshalb nur das eine noch als Beweis, daß von vernünftigen Kalkulieren durch die Unternehmer und ihre Werkzeuge keine Rede sein kann. Vernünftig im wahren Sinne des Wortes wäre nämlich, daß alle Kalkulationsbeamten verpflichtet würden, die kalkulierten Arbeiten zu den festgesetzten Stückpreisen anzufertigen. Damit könnte man demonstrieren, ob die Kalkulation richtig ist. Aber frage man alle Metallarbeiter, die mit solchen Dingen zu tun haben, ob diese Kalkulatoren oder Meisterarbeiter je in der Lage wären, bei den von ihnen selbst festgesetzten Preisen einen angemessenen Verdienst zu erzielen? Ja ganz wenigen Fällen würde dies mit Ja beantwortet werden. In den meisten Fällen aber sind diese Musterexemplare von Arbeitern gründlich heringefallen mit ihren Kenntnissen, haben sich bis auf die Knochen blamiert.

Es ist also zweifellos fest, daß auch das Kalkulationswesen nicht imstande sein wird, die schon so oft — auch von Unternehmern — zugegebenen Mängel des Akkordwesens zu beseitigen. Den Arbeitern bleibt auch im Hinblick auf dieses System nichts anderes übrig, als sich zu organisieren, sich in der Organisation zu selbstständigen, selbstbewußten Menschen herauszubilden, um durch persönliches energisches Auftreten und durch geschlossenes Vorgehen mit den gesamten Kollegen eines Betriebes die schlimmsten Auswüchse dieser neuen Ausbeutungsmethode wirksam bekämpfen zu können.

Eine Klarstellung.

Der christliche Gewerkschaftsjournalist Wilhelm Thelen in Mannheim sandte uns zu dem Artikel in Nummer 42 folgende „Berichtigung“:

1. Es ist nicht wahr, daß ich in Trüben in einer Versammlung gesagt habe, die Führer der freien Gewerkschaften hätten nicht in Betracht gezogen, daß auch ein Landeskommissär lügen könne.
2. Wahr ist, daß ich sagte, daß auch ein Landeskommissär sich irren und auf Grund irgend eines nicht näher zu erklärenden Sachverhalts einmal Dinge behaupten oder beabsichtigen könne, die nicht den Tatsachen entsprechen. Damit ist noch lange nicht gesagt, daß der Herr Landeskommissär gelogen habe, wie man es durch Nachschau in verschiedenen Versammlungen bemerkt habe, mir in den Mund zu legen. Denn Wägen heißt, wider besseres Wissen die Unwahrheit sagen, und das würde ich weder wollen noch wagen, daß der Herr Landeskommissär das getan habe.
3. Wahr ist, daß ich ausdrücklich betonte, ich verwehre mich dagegen, wenn aus diesen meinen Ausführungen das Gegenteil von dem gemacht würde, was ich tatsächlich gesagt hätte. Ich beziehe mich dabei ausdrücklich auf das Zeugnis der Versammlungsmitglieder, die angeführt der schon damals verdächtig Verdrehung des Gesagten mir meine tatsächliche Gemüthsart, in obigem Sinne wiedergegebenen Ausführungen widerspruchlos bezeugten.

Vom Verfasser des Artikels in Nummer 42 wird auf diese „Berichtigung“ folgendes erwidert:

zu dieser Berichtigung ist zunächst zu bemerken, daß sie von A bis Z unrichtig ist, das heißt, daß sie behauptet, was Tatsache ist.

Wenn Herr Thelen nachgerade ein kleiner Geistesober aufgesetzt, daß er den Mund zu voll genommen hat, können wir es begreifen. Dies gibt ihm aber in keiner Weise das Recht, gefaschene Dinge hinwegzugewöhnen.

Wir stellen fest, daß Herr Thelen am 25. September 1909 im Saale des Hotels Engel in Trüben in seiner Berichtigungsschreiben über die Rheinfelder Vorgänge wörtlich gesagt hat:

„Daß ein Landeskommissär auch lügen kann, haben die Führer der freien Gewerkschaften nicht in Betracht gezogen.“

Daran gibt es nichts zu rütteln und zu deuteln. Der Satz wurde sofort von einem völlig einwandfreien Zeugen, der in der Versammlung anwesend war, niedergeschrieben und dieser Zeuge ist jederzeit bereit, die Richtigkeit des von ihm niedergeschriebenen Satzes vor Gericht eidlich zu erörtern.

Herr Thelen bestreitet vielleicht auch noch folgendes gesagt zu haben:

„Sozialistenführer waren es, die Engel mit dem Messer bedrohten. Wir (die Christlichen) wollen die Namen aber nicht nennen und der Staatsanwalt schaffte überlebens, da dieselben auch Familienväter sind. Wenn dieselben (die Führer der freien Gewerkschaften) aber in nächster Zeit nicht anders werden, so wollen wir (die Christlichen) es aber doch tun.“

Wir können uns nun mit dem besten Willen nicht erinnern, „anders geworden zu sein“, aber wir warten immer noch auf die Unkluge. Also bitte, Herr Thelen, lassen Sie jede Rücksicht beiseite und übergeben Sie die Sozialistenführer, die Engel mit dem Messer bedroht haben“, ruhig dem Staatsanwalt, oder Sie müssen sich sagen lassen, daß Sie in gemeiner Art und Weise allgemeine Verdächtigungen verbreitet haben.

Im übrigen wären wir neugierig, zu erfahren, wo die „berühmten Versammlungen“ abgehalten wurden, in denen „man“ Herrn Thelen durch Zwischenrufe „etwas in den Mund legen wollte“.

Dann, warum hat Herr Thelen denn nicht schon lange diese Sache berichtet? Was über ihn in der Nummer 42 der Metallarbeiter-Zeitung steht, stand im gleichen Wortlaut schon lange vorher in anderen Zeitungen. Er hätte also schon längst Gelegenheit gehabt, dort auch die Wahrheit zu bekennen.

Doch noch eine Frage: Herr Thelen behauptet nun, „es läge eine Frrung beim Landeskommissär vor“. In Nummer 35 des „Christlichen“ Deutschen Metallarbeiter ist aber ausdrücklich von „Eingangsbedingungen“, welche den Arbeitern vorgelegt werden könnten“, die Rede, und zwar lauten diese „Eingangsbedingungen“ wesentlich anders als die, die der Landeskommissär gedruckt veröffentlichte. Wenn nun Thelen gegen den Landeskommissär den Vorwurf der Lüge durch diese „Berichtigung“ zurücknehmen will, wer hat dann gelogen, Herr Thelen? Und in welchem Widerspruch setzen Sie sich mit Herrn Engel, der am Sonntag den 26. September in Güttenbach dem Kollegen Vordrager auf die Frage:

„Wer sagt nun die Unwahrheit, Sie oder der Herr Landeskommissär?“ antwortete: „Der Landeskommissär.“

und auf die weitere Frage: „Also, Herr Engel, was hat dann der Herr Landeskommissär getan?“ Engel antwortete: „Gelogen!“

Es scheinen also die beiden „Strategen“ Engel und Thelen eine veränderte Auffassung über ihre eigene Wahrheitsliebe zu haben, nur mit dem Unterschied, daß sich der eine anständiger, der andere unanständiger aus der ungeheuren Wamag heraussticht — adriantener möchte.

Wenn Thelen nun die Sache unangenehm ist, unsere Schuld ist es nicht, wohl aber seine. Denn er hat anscheinend vergessen, was sein Kollege Wieber auf der Generalversammlung des „Christlichen“ Verbandes in München 1908 sagte. Darüber heißt es im Protokoll, Seite 169:

„Wie leicht kann durch ein unüberlegtes Wort oder eine unbedachte Sakanwendung Unheil und Verwirrung in die Masse getragen werden. Dessen muß sich der Artikelredakteur und Redner bewußt bleiben. Wer sich dessen nicht bewußt ist, der hat nicht das Zeug und vor allem nicht das Recht, befehlend oder führend an die Spitze zu treten.“

Wenn Thelen diesen Satz aufmerksam liest, so wird er wohl zur Einsicht gelangen, daß er für ihn und für einige seiner Freunde paßt, als wenn er speziell auf sie gemünzt wäre.

Engel hat auf die von uns in Nr. 42 wiedergegebene Erklärung des Landeskommissärs Straub vom 29. September wieder ein jämmerliches Gestammel in Nr. 119 des Rheinfelder Anzeigers veröffentlicht, aus dem wir nur folgende Stellen zitieren wollen:

„Daß es Herr Landeskommissär unbekannt ist, was ich in der Streikversammlung über das Ergebnis der Verhandlungen berichtete, muß ich bezweifeln. Erstens war er bei Beginn der Versammlung selbst anwesend und nach 10 Uhr kam er wiederholt, um sich über den Gang der Verhandlung zu erkundigen. Des Weiteren hat ich ihn, er möge einen Beamten schicken, was auch geschah. Sodann war Herr Bürgermeister Senger fast während der ganzen Versammlung anwesend. Diese Herren werden doch wohl genauen Bericht über das von mir Gesagte erstattet haben. Auch kann ich mich nicht erinnern, Herrn Landeskommissär schriftlich Mitteilung gemacht zu haben über Beendigung des Ausstandes. Wohl sagte ich dem Polizeidiener Fehl, er könne bekanntgeben, daß die Ausständigen einstimmig beischlossen hätten, die Arbeit wieder aufzunehmen.“

Darauf veröffentlichte der Landeskommissär Straub in Nr. 121 des Rheinfelder Anzeiger folgende Abfertigung des Engel:

„Ich bin genötigt, neue Unrichtigkeiten des Herrn Arbeitersekretärs Engel zu berichtigen.“

Die Streikkommission hat mir am Vormittag die in ihrem Namen von Herrn Rechtsanwalt Würb niedergeschriebenen Vorschläge, die als Grundlage für die Verhandlungen mit der Fabrikleitung dienen sollten, übergeben. Herr Engel hat nun in seinem Flugblatt „Sozialdemokratische Fäusche in der Falle“ unrichtigerweise dieses Schriftstück mit der nachher mit der Fabrikleitung getroffenen Vereinbarung verwechselt und erklärt, ich hätte ihm dieses Schriftstück übergeben. Die Vorschläge der Streikkommission haben aber bei den Verhandlungen mit der Fabrikleitung verschiedene Änderungen erfahren, zum Beispiel der Vorschlag, daß eine neutrale Persönlichkeit, etwa ein Beamter der Verwaltungsbehörde, Vorsitzender des Arbeiterausschusses sein sollte.“

Nach Abschluß der Verhandlungen mit der Fabrikleitung am 9. Uhr habe dann ich, wie ich schon in meiner ersten Richtigkeitstellung dargelegt habe, Herrn Engel ein Schriftstück übergeben, in dem ich das Ergebnis der inzwischen mit der Fabrikleitung getroffenen Verhandlungen zusammengefaßt hatte und womit sich dann die Streikkommission einverstanden erklärte. Daß gegenwärtige Behauptung der Arbeiter, sei es in oder außerhalb der Fabrik, der Fabrikleitung, das Recht zur sofortigen Entlassung geben sollten, das wurde als etwas in Selbstverständliches angesehen, daß darüber bei der Verhandlung mit der Streikkommission nicht ein Wort mehr verloren wurde. Damit war meine vermittelnde Tätigkeit abgeschlossen; der Vollversammlung wohnte ich nicht an. Von Herrn Bürgermeister Senger habe ich nur gehört, daß ein Mitglied der Streikkommission einen Vortrag über Arbeiterausstöße gehalten und die

Berufung auf einen weiteren Vortrag des Herrn Engel...

„Centralverband gewerblicher Metallarbeiter Deutschlands...“

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen...

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandstatuts gestattet:

- Der Verwaltungsstelle Celle 35 % auf die Dauer von 5 Wochen;
Der Verwaltungsstelle Hildesheim 1.50 M. einmaliger Beitrag;
Der Verwaltungsstelle Göttingen 50 % einmaliger Beitrag;
Der Verwaltungsstelle Verden 20 % auf die Dauer von 6 Wochen;
Der Verwaltungsstelle Verden 60 % einmaliger Beitrag;
Der Verwaltungsstelle Verden 65 % einmaliger Beitrag;
Der Verwaltungsstelle Verden 20 % auf die Dauer von 6 Wochen;
Der Verwaltungsstelle Verden 60 % einmaliger Beitrag.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Köln;
Der Schlosser Peter Werner, geb. am 1. Juli 1875 zu Köln, Buch-Nr. 331491, wegen Streikbruch.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Sangerhausen;
Der Schlosser Frz. Bednicke, geb. am 17. Dez. 1882 zu Wien, Buch-Nr. 880233, wegen Betrug.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Soltau;
Der Schlosser Paul Schnabel, geb. am 23. Nov. 1890 zu Barjng-hausen, Lit. A. Buch-Nr. 443014, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Stuttgart;
Der Installateur Friedr. Burkhardt, geb. am 23. Okt. 1881 in Rohr, Lit. A. Buch-Nr. 299838, wegen Unterschlagung.

Öffentlich gerügt wird:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Witten;
Der Former Jakob Sammers, geb. am 21. Juli 1885 zu Meer, Buch-Nr. 477247, wegen unkollegialen Verhalten.

Wieder aufgenommen werden:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Altenburg;
Der Schlosser Arno Werner, geb. am 29. April 1889 zu Sgje.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bremen;
Der Mieter Otto Jaspert, geb. am 16. Oktober 1869 zu Stettin.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen...

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Driedenhofen;
Der Dreher Heinrich Peppner, geb. am 23. Januar 1883 in Siegen, Buch-Nr. 725090, wegen Unterschlagung;
Der Schlosser Simon Leidner, geb. am 2. April 1875 zu Urtal, Lit. A. Buch-Nr. 316084, wegen Unterschlagung;
Der Schmiedel Michel Arent, geb. am 2. Oktober 1886 zu Weimerskirch, Lit. A. Buch-Nr. 85656, wegen Unterschlagung.

Berichtigung.

Die Verwaltungsstelle Altenburg erhebt nicht 2 Extrabeiträge à 60 %, sondern à 35 %.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Räte-Straße 16a zu richten; auf dem Postbeschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zuzug ist fernzuhalten:

- von Elektromotoren nach Belgien, vor allem nach Brüssel;
von Feilenbauern und -Schleifern nach Verdun i. Sa. (Firma Fröhlich) D.;
von Formern, Eisengießei- und Kernmachern nach Genf (Schweiz) D.; nach Gmünd (Nitz & Schweizer) M.; nach Gasse (Stahlformerei Wittmanns Nachf.) N.; nach Gattungen (Eisengießei Henrichshütte) D.; nach Krefeld (Firma Schwerts, Maschinenf.) M.; nach München-Gladbach (Frensen & Vogel) L.; nach Neustadt a. P. (Fa. Gersbush) N.; nach Ohligs (Stahlwerk) L.; nach Pafewalk (Fa. Behrendt) St.; nach Remscheid (Eisenhütte) D.; nach Schmiedeberg in Schl. (Fa. Starke) D.; nach Sorau i. L. (Fa. Phönixwerke) D.; nach Stargard i. P. (Fa. Porchmann vormals Wischer) M.; nach Überlingen (Fa. Henschel, Eisengießei und Maschinenfabrik) M.;
von Gold- und Silberarbeitern nach Stockholm (Schweden);
von Goldschlängern nach Dresden D.; nach Schwabach D.;
von Heizungsmotoren und Hebelegern nach Danzig;
von Installateuren nach Stendal, L.;
von Kesselschmiedern nach Dortmund (Fa. Brand & Sohn) M.;
von Klempnern (Wau-) nach Berlin D.; nach Danzig; nach Hamburg, L.; nach Passau, L.; nach Stendal, L.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Crailsheim (Schloßfabrik) M.; nach Gmünd (Schwab) D.; nach Göttingen (Gehr. Ruffrat, elektrotechn. Fabrik) M.; nach Königsberg i. Pr. (Union, Gießerei, Maschinenf., Kessel u. Lokomotivbau) M.; nach Liegnitz (Fa. Gubisch) M.; nach Ohligs (Stahlwerk) L.; nach Salzwedel (Fa. C. V. Kleinloß, landwirtsch. Maschinenf.) M.; nach Sindelfingen (Firma Dierlamm, Bohrmaschinenf.) St.; nach Wien XII (Fa. Alfa-Separator, Fleischwaren- und Molkereimaschinenfabrik) M.; nach Würzburg (Kriegsgesellschaft für landwirtsch. Maschinen vormals Gebr. Wurzbaum) D.;

von Metallarbeitern nach Liegnitz D.; nach Siedenscheid (Fa. Gerhardt & Co., Inh. Steinweg) M.; nach Sundern, Kreis Kresberg (Fa. H. Brumberg) M.;
von Klempnern nach Siedenscheid (Fa. Gerhardt & Co.) M.;
von Schlossern (Wau- und Kunst-) nach Berlin; nach Breslau L.; nach Hamburg, L.; nach Mannheim, L.;
von Schlossern und Installateuren nach Münster i. W. (Firma Steinbrünners Witten und J. Jöhner) D.;
von Schmiedern nach Breslau L.;
von Zimmerleuten nach Würzburg (Firma Rudert).
(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; G.: Bohrer- oder Zerspannung; M.: Differenzen; W.: Maschinenregulierung; N.: Maschinen- oder Kessel-Reduktion; P.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlass geben, sind an den Vorstand zu richten...

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anstalten in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen...

Korrespondenzen.

Metallarbeiter.

Cassel. Wir haben uns an dieser Stelle schon wiederholt mit den Verhältnissen bei der Firma Henschel & Sohn befaßt...

(lesen.) Man sei versucht, anzunehmen, daß die eine Verhöhnung bedeuten sollen. Oben und unten für die Arbeiter, die ihre Schicksale nicht ändern wollen, ihren Verpflichtungen nachkommen...

Chemnitz. Mit den Zuständen in der Fahrradfabrik von Hermann Kiemann beschäftigte sich eine Metallarbeiter-Versammlung, die am 11. Oktober im Dresdener Hof tagte...

Arbeit vieler auf. In der Verdienster gibt es für die Arbeiterinnen keine Gummihandschuhe, sondern nur Gummifinger. Dem Gewerkschaftsleiter sagt man, daß die Haut an den Handflächen sich abblättert und Handschuhe nicht nötig seien. In Wirklichkeit sind die Finger der Mädchen, die mit dem Abwaschen der Teller beschäftigt werden, fast alle wund. Gummihandschuhe sind bekanntlich aber teuer als Gummifinger. Der Riemann sollte die Ausgabe für Gummihandschuhe doch nicht scheuen, da ihm ein Automobil für 25 000 M. auch nicht zu teuer ist. Der Lohn für die Arbeiterinnen beträgt 18 bis 19 S. pro Stunde. An der Drehpresse stand früher ein jugendlicher Arbeiter, der 18 bis 19 S. Stundenlohn bezog, später mußte dessen Arbeit ein junges Mädchen verrichten, der man 18 S. Stundenlohn zahlte. Auch sonst sind noch Mißstände vorhanden. So zum Beispiel ist die Dynamomaschine nicht geschützt, so daß die Gefahr besteht, daß jemand auf dem Riefblech ausgleitet und in die Maschine fällt. Die Garderobe ist viel zu klein und die Fenster für den Antieberschutz der Arbeiterinnen sind verankert angebracht, daß diese vom Hof aus gesehen werden können. Die Waschgelegenheit sind 12 Waschküben für etwa 600 Leute; das es mangelt auch oft an genügend warmem Wasser. So leiden haben die Leute auch unter dem Regime des Betriebsleiters Paul Riemann, der mit den Arbeiterinnen nicht zu sein umgeht. Die Waren in der Kantine sind nicht immer frisch, weil dort kein Kühlraum vorhanden ist. Auch kommt es vor, daß Schwären, die Arbeiter kaufen, in Zeitungspapier gewickelt werden, während für das Kontorpersonal weißes Papier verwendet wird. Der Referent betont, daß, nachdem die Zustände bekannt seien, man es begreife, weshalb Herr Riemann seinen Arbeiterauskunft wünschenswert für die Interessen der Arbeiter eintrete. Solche Zustände seien aber nur möglich, weil dort sehr viel ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind, die es unterlassen haben, sich der Gewerkschaft anzuschließen. Da die Riemannschen Produkte (Fahrradlaternen) sehr viel von Arbeitern gekauft werden, ist es sicher von Interesse, auch zu wissen, unter welchen Verhältnissen diese hergestellt werden.

Düffeldorf. In der Goldschmiedfabrik von F. Pelz befinden sich die Schlosser seit einer Woche im Streik. Der Unternehmer wollte, obwohl es sich nur um einen kleinen Betrieb mit etwa 15 Arbeitern handelt, die Monatslohnung und eine Reihe von drakonischen Strafbestimmungen einführen. Forderungsweltliche Unterhandlungen über den Streik sind leider nicht zum Ziele. Er sieht auf dem Standpunkt: entweder — oder. Ob er damit weiterkommt und sein Geschäft auf die Höhe bringt, wird die Zeit lehren. Wir bitten um Fernhaltung des Zuguges.

Düffeldorf. Die Differenzen im Emailierwerk von W. Gibb sind beendet. Kurz vor Ablauf der Kündigungsfrist kam es zu einer Einigung. Die Firma gewährte verschiedene Lohnaufbesserungen und schloß mit den Arbeitern einen neuen Vertrag ab, der die Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder auf ein Jahr festsetzt.

Spillingen. In Nr. 23 der Metallarbeiter-Zeitung berichteten wir, daß der Redakteur des „Griffischen“ Deutschen Metallarbeiter, Bergmann, wegen Verleumdung unserer Kollegen W. K. und F. v. dem hiesigen Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 10 M. und Tragung der Kosten verurteilt wurde. Auch wurde den Klägern die Befugnis zugesprochen, den Urteilstenor auf Kosten Bergmanns im Deutschen Metallarbeiter und in der Metallarbeiter-Zeitung abdrucken zu lassen. Gegen dieses Urteil legte Bergmann Berufung ein, die am 6. Oktober beim Landgericht Stuttgart verhandelt wurde. Vom Vertreter Bergmanns, dem hiesigen Rechtsanwalt v. Bagnato, wurde die Berufung auch damit begründet, daß ja Bergmann den Verfasser des beleidigenden Artikels (Arbeiterzeitung) in Stuttgart genannt habe. Ferner machte er geltend, daß Bergmann in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. Ganz besonders wandte er sich aber gegen die Veröffentlichung des Urteils in der Metallarbeiter-Zeitung. Die Kläger wurden vom hiesigen Rechtsanwalt S. d. P. vertreten, der die Argumente des Herrn v. Bagnato in kurzer und treffender Weise in ihr Nichts auflöste. Das Gericht fällt das Urteil: Die Berufung wird verworfen, Bergmann hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. Damit bleibt es auch bei der Publikationsbefugnis in der Metallarbeiter-Zeitung, was für den Angeklagten, nach den Ausführungen seines Verteidigers zu schließen, besonders schmerzhaft sein muß. — Bergmann will nun, wie es heißt, sein Glück bei dem Oberlandesgericht als Revisionsinstanz versuchen.

Spillingen. In den rüstendsten Betrieben der Selbstmetallindustrie gehört noch die Firma Adolf Ludwig Zwiss (Metallwarenfabrik). Dort werden noch Stundenlöhne von 22 M. abgeholt. Der Durchschnittslohn beträgt bei circa 20 beschäftigten Arbeitern ungefähr 32 S. Dadurch wird es verständlich, daß kein Kollege allzulange in diesem Eldorado verbleibt. Mit vieler Mühe ist es gelungen, dort einen Zell der Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Um die Verhältnisse zu bessern, wurden Anträge zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingereicht, die in anderen Betrieben schon längst durchgeführt sind. Herr Pfauß (Zellhelfer der Firma) konnte sich jedoch für die „unerschütterliche“ Forderung der Arbeiter nicht erwandern, er ließ jeden einzelnen Arbeiter sagen: „Wenn es bei mir nicht gefällt, der kann gehen.“ Der natürlich 33 M. in zwei Wochen als zum Leben ausreichend hält, wie Herr Pfauß, beweist damit, daß er für die Bedürfnisse der Arbeiter kein Verständnis hat. Er will unweigerlich mehrere Arbeiter entlassen und mit wenigen Leuten weiterarbeiten. Diese Drohung wehren wir nicht erst. Leider sind es einige Arbeiter, die ihren Kollegen in den Rücken gefallen sind, obwohl auch für alle Ursache hätten, eine Besserung ihrer Existenzverhältnisse anzustreben. Wir ermahnen die Kollegen allerorts, auf Arbeitssuche dieser Firma nicht einzugehen. — Auch die hiesigen Danziger nergestellten sind aus ihrer bisherigen Gleichgültigkeit erwacht und haben eine Verbesserung ihrer Verhältnisse angefordert. Die Forderung der Lohnes es auch nicht verfehlen, daß auch ihre Forderungen eine Besserung ihrer Verhältnisse haben wollen, doch müßten sie sich zu einer Lohnsteigerung von 2 S. pro Stunde bewegen, die ihre Lebensverhältnisse hat ferner verbessern, abgesehen die 10wöchige Arbeitszeit durchzuführen. Diese Forderungen sind sehr minimal in Anbetracht der Löhne, die sie bis jetzt ausbezahlt bekommen ist, die Forderung ihrer Forderungen innerhalb 2 Jahren um 10 Prozent erhöht haben und von der Kammer der Arbeitgeber bezogen werden. In den Forderungen liegt es, durch den Ausbau der Organisation später das zu erreichen, was jetzt nicht erreicht werden konnte.

Spillingen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Dreher und Feinmechaniker werden in der letzten Kammerverhandlung dieser Berufsgruppe des Deutschen Metallarbeiter-Bundes eingehend behandelt. Auf Grund des was eine Statistik gewonnenen Materials für die Branchenleiter des folgenden: Die Jungelassen, die weniger zur Erhaltung der Verhältnisse des einzelnen, als zur Festhaltung der allgemeinen Lohn- und Arbeitsverhältnisse dienen sollten, haben in ihren Betrieben mancher Mißstände wegen geklagt. Erklärt werden von der Kammer 41 Betriebe mit 62 Abteilungen. Der Beschäftigungsumfang wurde in 26 Betrieben als ein ganz, in 15 als ein teilweises festgestellt. Gegen das Bericht verhandelt hat sich der Beschäftigungsumfang in 8 Betrieben, während in 13 Betrieben eine weitere Beschäftigung eingeleitet ist. Beruht arbeiten jetzt 6 Betriebe, und zum Schluss des Monatsbericht für Oktober 1908 war 5 Tage, Endebericht für Januar 1909 pro Woche 48 Stunden, Beschäftigung für März 1909 52 1/2 Stunden. Dieser Bericht ist vom 1. September 1908 20 Stunden, Endebericht für September 1908 5 Tage und seit Mitte August nur 4 Tage. In einer Reihe anderer Betriebe, die jetzt voll arbeiten, war die Arbeitszeit ebenfalls innerhalb längerer Zeit reduziert. In anderen Betrieben waren die Arbeiter beschäftigt gewesen. Bei der Firma Köpfer und Schmitt wurden die Verhandlungen angesetzt. Von den beiden größten Betrieben wird der Beschäftigungsumfang bei Prüfung als gut bezeichnet, während von der Dübener Maschinenfabrik berichtet wird, daß im Sommer 1908 sich eine Beschäftigung bemerkbar macht, wegen der allgemeinen Beschränkung noch wie vor gut zu tun hat.

Hierzu scheint die Konjunktur für unsere Branche am Orte noch keine bessere werden zu wollen. Von den 41 Betrieben hatten eine 10wöchige Arbeitszeit 35 Betriebe, 1 Betrieb arbeitete 9 1/2 Stunden, 2 Betriebe 9 1/2 Stunden und 3 Betriebe 9 Stunden pro Tag. Pro Woche arbeiteten 27 Betriebe 59 Stunden, 7 Betriebe 60 Stunden und in 7 Betrieben wurde weniger wie 59 Stunden gearbeitet. Auch hiermit ist wieder der Beweis erbracht, daß es dem Einfluß der Organisation gelungen ist, die Arbeitszeit zu verkürzen. Ist doch in den meisten Betrieben die 60-Stunden-Woche durchbrochen. Wenn dieses auch nur minimal erscheint, so muß man sich doch stets den Einfluß und die Macht der Metallindustriellen vor Augen halten und ihre prinzipielle Stellung gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit. Nur so wird man den Erfolg zu würdigen wissen. Trotzdem wird uns die nächste und vornehmste Aufgabe immer noch die weitere Verkürzung der Arbeitszeit sein. Vor allem heißt es, den Zechnsundentag zu durchbrechen. Auch hier kann nur eine machtvolle, operetivtliche Organisation bahnbrechend wirken. Verlassen können wir uns auch nicht darauf, daß in allerhöchster Zeit etwa auf gesetzgeberischem Wege Maßnahmen zur Regelung der täglichen Arbeitszeit getroffen werden. Steht doch schon seit Jahren die Einführung eines Maximalarbeitstages von 10 Stunden im Reichstag zur Beratung, und noch jedesmal ist es den Arbeitern feindselig gestimmten Parteien, allen voran dem Zentrum, gelungen, die Einführung eines Maximalarbeitsstages zu verhindern. Redner weist darauf hin, daß Deutschland in dieser Frage sogar hinter Rußland zurückstehe, und erläutert, in welcher Weise in anderen Ländern in dieser Beziehung Fortschritte gemacht worden sind. Von nicht geringerer Wichtigkeit ist ferner die Entlohnungsfrage in unserer Branche. Hierbei wurde festgestellt, daß von den 41 Betrieben 27 nur Akkord, 8 teilweise Akkord und nur 4 Betriebe Lohn hatten. Damit zeigt sich wieder, was ja nicht neu ist, daß Akkordlohn die gebräuchlichste Form in unserer Branche ist. Sind doch die Betriebe, wo in Lohn gearbeitet wird, meist Reparaturwerkstätten. Angesichts dieser Tatsache, die an allen Industrieteilen zutrifft, kann man es begreifen, wenn unsere Kollegen die Akkordarbeit nicht kurzerhand mit Schlagwörtern, wie „Akkordarbeit ist Morbarbeit“ etc., abtun, sondern alle Kräfte anwenden und anwenden müssen, um die Akkordlohnung auszubauen. Dazu gehört vor allem eine genaue Regelung der Handhabung der Akkordfestsetzung. Hauptächlich vier Punkte sind es, die man stets vor Augen haben sollte: 1. Die Festsetzung der Preise in Gemeinschaft mit einer Kommission des betreffenden Berufes. 2. Die Preise müssen nach der durchschnittlichen Leistungsfähigkeit normiert sein, um ein Verdienen über den festgesetzten Lohn zu ermöglichen. 3. Vorherige Ermächtigung über Zahl und Preis. 4. Aushängen der Akkordpreise. Erst wenn nach diesen Grundsätzen die Handhabung geschieht, ist die Gefahr vorhanden, daß die vielen berechtigten Klagen über die Akkordarbeit verschwinden werden. Hierzu gehört aber eine fortwährende Stärkung der Organisation, um diese Forderungen durchzusetzen. Dann wird auch das Mißtrauen dagegen schwinden. So, wie aber jetzt in den meisten Werken die Sache gehandhabt wird, sind die Klagen der Kollegen nur zu berechtigt. Abhilfe werden von fast allen Betrieben gemeldet. Wenn es auch in vielen Fällen den Kollegen gelungen ist, durch intensiveres Arbeiten angesichts der hohen Lebensmittelpreise die Abzüge abzumildern, so ist doch nicht zu verkennen, daß in gesundheitlicher Beziehung hier manche Schäden auftreten und der Beweis erbracht ist, wie notwendig eine Verkürzung der Arbeitszeit in unserer Branche ist. Trotzdem wird bei besserer Konjunktur manches weitermachen sein. Die Ausschussfrage, wenn sie auch nicht die Bedeutung für unsere Branche hat, wie beispielsweise bei den Formern, ist nicht ohne Interesse. Wird doch in vielen Werken nur Lohn vergütet, wo doch meist Materialfehler die Ursache des Ausschusses sind, also Ursachen, auf die die Arbeiter keinen Einfluss haben. Dadurch haben manche Kollegen einen nicht unerheblichen Verdienstausfall bei gleichbleibender Arbeitsleistung. Hier muß mindestens verlangt werden, daß der durchschnittliche Akkordverdienst als Vergütung bezahlt wird. Das Verhältnis zu den Vorgesetzten wird fast überall als ein unannehbares bezeichnet. Einzelne Ausnahmen sind von den Firmen W. Müller, Zentralfabrikation, Lindener Eisenwerk, Berliner und Kriger & Hübner zu berichten, wo das Verhältnis durchweg ein gepaartes ist. Bei Kriger & Hübner, Abteilung II, hat sich der Meister nicht geäuert, einen — leider nicht organisierten — Kollegen zu schlagen, weil er angeblich nicht genug gearbeitet. Wenn in den größeren Werken die Verhältnisse mit den Meistern sich bessern, so hat wohl auch ein gut Teil die Umwälzung der Wirtschaftlichkeit hierzu mit beigetragen. Ist doch den Meistern von ihren Funktionen ein wichtiger Teil genommen und den Beschäftigten übertragen, so daß die Meister fast nur noch als Aufsicht jungeren und sonstiger niedriger Funktionen anzusehen haben. Dadurch wird, wenn auch nicht bemerkt, das Zusammengehörigkeitsgefühl hervorgerufen, was dann meist ein besseres Verhalten der Arbeiter mit sich bringt. Bezüglich der Lehrlingsfrage herrschen noch immer die alten Klagen. Bei Prüfung entfallen in einigen Betrieben auf 1 Dreher 2 Lehrlinge, bei Studenengel kommen auf 1 Dreher fast 2 Lehrlinge und bei Kriger & Hübner auf 1 Dreher 4 Lehrlinge. Das hierbei in den meisten Fällen von einer Ausbildung keine Rede sein kann, liegt klar auf der Hand. Vielfach werden die Lehrlinge benutzt, den Drehern zu einem unannehmbaren Verdienst zu verhelfen oder einen noch niedrigeren Akkordpreis herbeizuführen. Hier gilt es auch noch manche Aufklärung, teilweise in den eigenen Reihen, herbeizuführen. Das die Einrichtungen in jüngerer resp. älterer hystorischer Beziehung unberührt, so sind es auch immer die alten Klagen. Hier dienen zerbrosene Fenster als Ventilation, dort herrschen elendste Arbeitsverhältnisse etc. Wenn auch in mancher Hinsicht eine Besserung zum Besseren sich bemerkbar macht, so bleibt doch noch vieles in dieser Sache zu tun. Bemerkenswert sind noch die sich immer mehr einbürgernden Abmachungen zwischen Arbeitern und Unternehmern in bezug auf Einzelheiten des Arbeitsverhältnisses. Diese immer mehr zu erklärenden Taten auszubauen, muß und wird unsere vornehmste Aufgabe der nächsten Zeit sein. Dazu gehört aber, daß die Kollegen noch mehr als bisher sich den Aufgaben der modernen Arbeiterbewegung zuwenden. Es genügt nicht, daß man seinen Beitrag bezahlt, sondern ein jeder ist verpflichtet, in den Versammlungen und bei sonstigen Gelegenheiten mitzuwirken und zu beraten. Unser Organisationsrat ist als Industrieverband, der die verschiedensten Berufe in sich vereint, in den Generalversammlungen nicht in der Lage, die verschiedenen Wünsche der Berufe zu beraten. In diesem Zweck sind die Branchen getrennt und sie haben sich auch zu beschäftigen. Auch ist es eine bekannte Tatsache, daß die Kollegen im engeren Kreise des eigenen Berufes eher für die Sache des Verbandes zu haben sind und auch eher einmal aus sich herausgehen. Es ist eben nicht jedermanns Sache, in einer großen Versammlung das Wort zu nehmen und seinen Gedanken Ausdruck zu geben. Hierzu sind die kleineren Branchenversammlungen weit eher geeignet. Aus allen diesen Gründen ermahnen die Branchen auch durch die Verbandsinstanzen die größtmögliche Förderung. — Das ist in großen Zügen das Ergebnis der Umfrage. Mögen die Dreher und Feinmechaniker die nötigen Lehren daraus ziehen, da sich, wenn nicht alle Anzeichen trügen, die Konjunktur in absehbarer Zeit besser wird und wir dann auch manches weitermachen haben. Aber nur eine klar denkende, operetivtliche und überzeugte Arbeiterkraft wird in der Lage sein, dem jetzt isolierten Unternehmertum, das mit allen Nachteilen versehen ist, Besidele abzurufen. Erst vor die Wege und Ziele der modernen Arbeiterbewegung in sich aufzunehmen hat, gibt seinem Leben den nötigen Inhalt. Solch ein Arbeiter wird auch seine Forderung nicht ausschließlich im Wirklichen suchen, sondern gern und freudig die Arbeiterfrage vorwärts bringen helfen. Wäge die nächste Zeit, die an Kampfstoff nicht arm sein wird, auch die Kämpfer verstanden, die notwendig sind, um dem Schlaraffenland die Dornen abzurufen, die unsere Kollegen brauchen, um ein dem heutigen Zustand entsprechendes Leben führen zu können.

Jena. Die Erwiderung des Kollegen Josef Tietz in Nr. 43 der Metallarbeiter-Zeitung bezüglich meine Darlegungen in Nr. 41. Tietz zieht seinen Bericht und sein Protokoll über die erste Ver-

sammlung heran, um zu „beweisen“, daß ich ihm Unrecht getan habe, und er behauptet, daß aus ihm unbekanntem Gründen der fragliche Bericht nicht in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht worden sei. Die Ortsverwaltung Jena hat in einem Bescheid des Schriftführers Tietz in der Mitgliederversammlung die Briefe der Redaktion verlesen, worin die Gründe für die Veröffentlichung des Berichtes angelegt worden sind. Zu dem Bericht und dem Protokoll von der ersten Versammlung brauchte Tietz nur die Angriffe von Schiller, Leber und Klein niederzuschreiben, wobei er sogar abschweifen konnte, ohne der Klugheit und Unberechnung der Angriffe zu schaden. Tietz will in Nr. 43 meine Objektivität als zweifelhaft erscheinen lassen, was nur möglich ist, wenn er den Tatsachen Zwang antut. Es soll nicht objektiv sein, wenn ich geschrieben habe: „Die Versammlungsteilnehmer waren bei der Beschlußfassung vom Gebanten beeinflusst, den unerhörten Angriffen müßte entgegengetreten werden.“ Gibt es denn noch ein objektiveres Urteil? Ich gebe gern zu, daß Tietz den krankhaften Gebanten geholt hat, die Gebanten sollten heruntergerissen werden. Ich bestreite aber, daß die Mitglieder in ihrer Mehrzahl daran Geschmack finden. Tietz führt für seine Auffassung als Beweis an, daß die Resolution und die Ausführungen von Leber in der ersten Versammlung mit stürmischem Beifall aufgenommen worden sind. Wer hat Beifall gezeigt? Der angeführte Beifall ist unmaßgeblich Beweis dafür, daß die Mitglieder in Jena urteilen, ohne die Angelegenheiten gehörig zu haben und daß die Anschuldigungen berechtigt waren. Es darf nicht Erstaunen erwecken, daß nach der systematischen Verhöhnung, die gegen unseren Verband und seine Funktionäre stattgefunden hat, von einigen Kollegen Beifall gegeben wird, wenn öffentliche Angriffe erhoben werden. Der Sport wird vom Kollegen Schiller (Estrich) so weit betrieben, daß er in einer Versammlung der Straße prahlte, auch er sei schon mit dem Vorstand in Konflikt geraten und der von den Mitgliedern verurteilte Terrorismus werde von den Verbänden beamtet werden. Gegen solchen Sport kämpfen selbst Götter vergebens, er muß sich auslösen. Tietz will den Glauben erwecken, ich hätte behauptet, dieselbe Versammlung, die mit zum Teil zugestimmt hat, hätte mir hinterher einen Maulkorb angelegt. Bemerkte habe ich, daß die Versammlung wegen vorgeschrittener Zeit vertagt werden mußte. In die nächste Versammlung waren viele Mitglieder nicht wiedergekommen, weil sie die Reberer satt hatten, und in der schwach besetzten dritten Versammlung wurde auf Antrag von Leber die Redezeit beschränkt, was ein Maulkorb für Tietz war, wie Tietz zugibt. Daß die Versammlung vorwiegend von den Kollegen, die Lebers Ausführungen und Resolution als Ebangetum betrachteten, besucht war, kann ohne weiteres vorausgesetzt werden. Es war also eine andere Versammlung, die mit einem Maulkorb anlegte, weil dem Antragsteller der Ausgang der vorausgegangenen Versammlung nicht gefallen hatte. Weiter gibt Tietz seinen Unwillen darüber kund, daß ich zwei volle Stunden reden mußte. Es ist freilich leicht, in wenigen Sätzen und in kurzer Zeit recht viel Falsches zu sagen, viel leichter als das zu widerlegen und die Sache richtig darzustellen. Das erfordert gewöhnlich viel mehr Zeit und Arbeit. Vielleicht macht Kollege Tietz diese Erfahrung auch noch einmal. Es dürfte also auch verständlich sein, daß ich in meiner zweiwöchentlichen Rede nicht genügend zu allen erhobenen Vorwürfen Stellung nehmen konnte, es reichte eben die Zeit nicht dazu. Damit ist der Beweis erbracht, daß der Streit in Versammlungen nicht so erloscht werden kann, daß Recht auch Recht bleibt und wie richtig der Vorstand gehandelt hat, zu der Versammlung nicht zu kommen. Tietz irrt auch, wenn er meine Behauptung befreit, daß Leber seine abgeordnete Resolution kurz vor Versammlungsschluss einbrachte. Es bleibt bei dem, was ich dazu geschrieben habe. Tietz beweist mit seiner unrichtigen Erwiderung, daß er als Schriftführer den Verhandlungen nicht richtig gefolgt ist. Die erwähnte und vom Parteitag in Leipzig sanktionierte Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission zu der Arbeitsruhe am 1. Mai hebt unseren Verbandstagsbeschluss nicht auf, darum konnte Leber die Abänderung seiner Resolution nicht mit der Vereinbarung motivieren. Er hat sich auch geweigert, seine Resolution zurückzugeben, wie ich das in der zweiten Versammlung andeutete. Dabei sagte ich, daß die ganze Rederei überflüssig sei, da wir uns alle nach den Verbandstags- und Parteitagbeschlüssen richten müssen. Leber den trampfhaften Versuch, die Bedeutung der von mir mitgeteilten Zahl der Versammlungsbesucher abzuschwächen, gehe ich zur Tagesordnung über, weil es ohne weiteres klar ist, daß bei solchen Vorgängen nicht mit Durchschnittszahlen wie 87,5 zu rechnen ist, die auch noch größer ist als die Zahl der Versammlungsbesucher (56), die bei der Abstimmung anwesend waren. Meine Schlussfolgerungen bleiben bestehen und werden anerkannt. Tietz ist jung und Oesterreicher; er kennt die deutsche Arbeiterbewegung durch die Arbeiten des Bildungsausschusses und des Diskutterklubs in Jena. Aus dem gemommenen Geschäftsmittel urteilt und redet er mit der eigentümlichen Unmaßung in Angelegenheiten hinein, die ich sehr oft bei Ausländern in der Beurteilung der deutschen Arbeiterbewegung wahrgenommen habe. Er legt ein Bekenntnis ab, wodurch der deutsche Parteitag über den Gewerkschaften stehen und ihre Taktik zu bestimmen habe. Wir raten den Kollegen und denen, die mit ihm einer Meinung sind, den Beschluß des sozialdemokratischen Parteitages von 1906 in Mannheim zur Kenntnis zu nehmen. Derselbe ist auf Seite 305 des Protokolls zu lesen. Festgestellt ist — auf Seite 306 — daß er mit 366 gegen 5 Stimmen angenommen worden ist. Er ist heute noch gültig und darum muß jeder prinzipienfeste Parteigenosse danach handeln. In dem Beschluß wird nachdrücklich verlangt, daß die Parteigenossen den Gewerkschaften beitreten sollen. Im zweiten Teile heißt es: Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Dieselben stehen an Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück u. s. w. Damit sind die Phantasien des Kollegen Tietz erledigt. Er kann sicher sein, daß die deutschen Gewerkschaften dem Sozialismus dienen, aber nicht in der konjunktiven Weise, wie Tietz es für richtig hält. Zum Schluss wird der Berichtsteller die Frage auf, ob ich vorherbeibringt in Jena-Vorstadt von dannen ziehen werde, wenn der Weg mich wieder nach dort geführt haben wird. Das liegt ganz im Belieben der Kollegen. Auf Vorbeeren verzichte ich. Ich bin zufrieden, wenn die Kollegen einheitsvoll handeln, dann wird man mir auch in Jena in dieser Frage zustimmen. Damit schließe ich meine Ausführungen, indem ich wünsche und hoffe, daß Wind und Sturm uns nicht aus dem rechten Kurs bringen werden, was es auch noch so wichtig werden.

Rundschau.

Sichtbilderorträge über Arbeiterrecht in der Metallindustrie.
Auf der Leipziger Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Jahre 1905 machte der Vorstand den Vorsitz, zur Propaganda für den Arbeiterkampf Studienausflüge nach der Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg auf Kosten des Verbandes zu arrangieren. Die Generalversammlung beschloß dem Vorschlag gemäß. In Ausführung dieses Beschlusses arrangierte der Vorstand im Jahre 1906 zwei Exkursionen mit je 35 Teilnehmern. Der Nutzen dieser Exkursionen, so lehrreich und anregend sie auch für die Teilnehmer waren, ist jedoch hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Teilnehmer sollten über ihre gewonnenen Kenntnisse in Mitglieder- und Arbeitervereinen des Verbandes berichten, um eine eingehende Diskussion des Arbeiterkampfes zu veranlassen. Dieser Zweck wurde, wie der Vorstand im Jahresbericht für 1907 berichtete, deswegen nicht erreicht, weil es durch einen Vortrag in einer Versammlung nicht möglich war, die Wirkungsweise der Schutzvorrichtungen her-

überzeugend, daß die Forderung von der Richtigkeit und praktischen Umsetzbarkeit überaus und dem Unternehmen vorzüglich machbar sind. Der Vorstand versagte jedoch die Sache weiter. Unter dem Vorsitz, die ihm zu einer besseren Reichweite eingeladen wurden, bestand sich einer des Kollegen Thebus (Jena), der dahin ging, die Schutzvorrichtungen den Arbeitern durch bildliche Darstellung zu zeigen. Da Thebus schon einen solchen Vortrag in Jena gehalten hatte, dessen Wirkung günstig war, stellte ihm der Vorstand die Mittel zur weiteren Verwirklichung seiner Einrichtungen zur Verfügung. Thebus hielt darauf auch einen Probenvortrag in einer Versammlung der Verwaltungsstelle Stuttgart. Man überlegte sich dabei, daß dieser Anschauungsunterricht geeignet sei, den gewollten Zweck zu fördern. Thebus wurde mit der Verbesserung und Ergänzung des Materials beauftragt. Durch sein plötzliches Ableben trat jedoch eine Verzögerung ein. Dem Vorstand wurde dann der Kollege Seb. Lauterbach gewonnen und mit der Aufgabe betraut, das von Thebus begonnene Werk fortzusetzen. Lauterbach hat nun seit Juli dieses Jahres die Arbeiten so gefördert, daß mit den Vorträgen begonnen werden konnte. In circa 120 guten Lichtbildern werden im ersten Teile der Vorträge gezeigt die Unfallgefahren und die Mittel zu ihrer Vermeidung und Verhütung. Im zweiten Teile die Gewerbekrankheiten. Die Bilder vermitteln auch interessante Einblicke in die Betriebsweise von Industrien, in Wohlfahrtsanstalten zc. Es würde uns hier zu weit führen, wenn wir alle Einzelheiten, die in den Vorträgen berührt werden, hier nur anführen wollten, wir können deshalb den Kollegen nur dringend empfehlen, wenn ihnen Gelegenheit zum Besuch der Vorträge gegeben wird, dem Rufe zahlreich zu folgen.

Sozialdemokratische Wahlzettel.

Es geht ein gewaltiger Zug durch das Land. Der Infamie Volksverrat, dessen der Schnapsblod sich schuldig gemacht hat, zeltigt Früchte, die ihre „Schemänner“ in Grausen versetzen. Und immer höher schwillt das Meer des Jorns. Nachdem sich dies zunächst bei einigen Reichstagswahlen gezeigt hatte, konnte man dies wiederum bei den Landtagswahlen in Sachsen-Meiningen beobachten, die am 4. Oktober stattfanden. Dort gewannen die Sozialdemokraten zu ihren bisherigen sieben Mandaten noch zwei neue. (Zu diesem Landtag werden nur 16 Abgeordnete in allgemeinen Wahlen gewählt; ferner je 4 von den größten Grundbesitzern und von den Personen, die die höchste Personalsteuer zahlen.) In noch höherem Maße liegt jedoch die Stimmenzahl, nämlich um ungefähr 6300. Es wurden bei den Hauptwahlen im ganzen 16 590 sozialdemokratische und 13 768 bürgerliche Stimmen abgegeben. Also nur die ständischen Sondervertretungen sichern noch die bürgerliche Mehrheit.

Ferner fand am 15. Oktober im rudaolstädtischen Wahlkreis Königssee eine Ersatzwahl zum Landtag statt, wobei der bürgerliche Kandidat nur 285 Stimmen erhielt, der sozialdemokratische Kandidat Winter dagegen 666.

Es ist begreiflich, daß die Aufregung des Volkes über die Steuerpolitik des Reichstags sich auch bei den Wahlen zu den Einzelmandaten bemerkbar macht. Allerdings ist es auch notwendig, daß in die Landtage so viel Sozialdemokraten hineinkommen, wie nur irgend möglich ist, denn auch das Steuerwesen der Einzelstaaten wird durch die Reichs-Steuerpolitik sehr stark beeinflusst. So hat der württembergische Landtag eine Steuererhöhung von 5 Prozent beschlossen. Auch aus Hessen hat man schon von einer bevorstehenden Steuererhöhung (25 bis 30 Prozent!) berichtet.

Unter diesen Umständen durfte man den Landtagswahlen in Sachsen und Baden schon mit frohen Erwartungen entgegensehen. Und sie sind nicht getäuscht worden! In Baden, wo früher im ganzen 12 sozialdemokratische Abgeordnete im Landtag saßen, kamen schon gleich bei der Hauptwahl am 21. Oktober 10 Abgeordnete hinein und in 29 Wahlkreisen kommt die Sozialdemokratie in die Stichwahl. Nur in sechs Wahlkreisen ist die Sozialdemokratie nicht an der Stichwahl beteiligt. Die Zahl der Stimmen hat sich von 50 000 auf 85 000 gesteigert. Wohlverdiente Siege hat das Zentrum erhalten.

Von dem spätschlachten Landtagswahlrecht in Sachsen haben wir schon in Nr. 42 eine kurze Beschreibung gebracht. Bisher hatten wir in Sachsen einen einzigen sozialdemokratischen Abgeordneten und nur fünf bei der Hauptwahl am 21. Oktober gleich 16 gewählt worden und mehr als 50 kommen in die Stichwahl. Aber noch ist die Reihe der Niederlagen der Schnapsblodgesellen nicht erschöpft. Bei der Ersatzwahl zum Reichstagswahlkreis Koburg siegte der sozialdemokratische Kandidat Pietich (Redakteur des Verbandsorgans der Porzellanarbeiter) mit 7100 Stimmen über den von den sogenannten Freisinnigen unterstützten agrarisch-nationalliberalen Kandidaten Quark, der nur 6500 Stimmen erhielt.

Diese Wahlen werden den herrschenden Klassen Deutschlands noch lange in den Ohren gellen. Helfe jeder so viel wie möglich, daß die folgenden Wahlen (in Halle und in Landsberg-Solbin) diese schöne Wucht noch verstärken, damit sich auch dort erfülle, was die Dresdener Volkszeitung mit folgenden Worten über die Wahlen in Sachsen schrieb:

Hei, wie die Niedergerittenen reiten! Wie die Sturmbanner der roten Partei hochauf im Winde wehen! Wie Freude des Sieges das kämpfende Volk der Arbeit stolz erfüllt! Und nun nochmals vorwärts in den Stichwahlkampf, vorwärts unter dem Sieges- und Kampfesruf: **Noch die völkerverfeindliche Sozialdemokratie!**

Verfehlte Kapitälwächerei.

Der Verfasser der Notiz in der Bergischen Arbeiterstimme, die wir in Nr. 42 (Seite 335) der Metallarbeiter-Zeitung niedriger hängten, hat an einem Verzeihlich noch nicht genug. Er wollte offenbar gern noch einen zweiten erleben und so setzte er sich hin und beantwortete unsere Erwiderung mit einem Schimpfartikel, in dessen Einleitung er uns ungeschicklich Polemik und persönliche Ausfälle vorwirft. Wie seine „Sachlichkeit“ aussieht, kann man an folgenden, von ihm verwendeten Ausdrücken erkennen: „Geistvoll sein sollende alberne Ausfälle... Radelstapolemit eines für die Partei gleichgültigen Hinz oder Hinz... reaktionistische Bliesmuß... Tendenz... überall Opportunismus und Klauwächerei zu verteidigen... Geist der Bevormundung und Annahme... Bureaukratenolidarität... Prätorianergesinnung... journalistischer Drabo...“

So wirtschaftet der Verfasser — wahrscheinlich Dittmann selbst, denn den anderen Mitgliedern der Redaktion möchten wir so etwas nicht zutrauen — unser, akkurat wie ein Stier im Porzellanladen. Die ganze Mut Dittmanns erscheint uns so lächerlich, wenn man sich vergegenwärtigt, wie geringfügig die Veranlassung zu dem Streite war. Wie hatten uns erlaubt, eine Sache, die Dittmann auf dem Parteitag in behaglicher Breite vorzutragen, für überflüssig zu erklären, weil wir sie für selbstverständlich hielten. Und darum Räuber und Mörder! Was werden wir doch wohl noch sagen dürfen! Zu welcher Hochschonheit wird dann Dittmanns Grimm noch steigen müssen, wenn es sich um wirklich tiefgehende Meinungsverschiedenheiten handelt. Wir wollen in diesem nicht in den gleichen Ton verfallen. Soweit der Verfasser verurteilt, wirklich sachlich zu werden, begnügt er sich mit einer Wiederholung dessen, worauf wir schon in Nr. 42 erwidert haben. Gerade so pflegte es der selbige Schwardt zu machen; nur war dieser noch geschickter dabei. Nur einige der lieblichsten Gelfeschlitten mögen hier erwähnt werden. Es heißt in dem „Artikel“:

„Die Frage entwirren sich dort (nämlich in der Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung) aneinander in der letzten Zeit, wie beim Korrespondent deutscher Arbeiter, wo der Redakteur Reichsleiter die Kollegen und Vertriebenen gleich Schutzbären abknallt und in die Sommer die politische Arbeiterbewegung beschmüht.“

Um dies zu widerlegen, brauchen wir ja eigentlich nur auf das hinzuweisen, was wir schon zu einer Zeit über Sommers geäußert haben, als hier noch niemand ahnte, daß Sommers Europa besuchen würde. Doch das alles braucht ja ein Dittmann nicht zu wissen, wenn er uns in niederrückiger Weise beschuldigen will. Wo haben wir ferner die politische Arbeiterbewegung beschmüht? Es wird Dittmann nicht gelingen, aus den 27 Jahrgängen der Metallarbeiter-Zeitung auch nur eine einzige Neuerung zu zitieren, die ihn zu einer solchen Behauptung berechtigt. Oder ist es schon so weit gekommen, daß Dittmann sich selber mit der politischen Arbeiterbewegung verwechselt? Das wäre allerdings schon höherer Grad von Wahnsinn.

Dittmann (Sollingen) behauptet ferner, es stehe fest, „daß hinter der Lebens- und Kritik von Dittmann (Hamburg) die überwältigende Mehrheit der Arbeiter der Hamburger Metallarbeiter steht, und daß der Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung diese Tatsache sehr wohl bekannt ist.“ Woher weiß Dittmann, daß dies so „fest steht“? Ihm ist doch höchstens auch weiter nichts bekannt, als die Stimmung in einigen Versammlungen und dort ist doch immer nur der kleinere Teil der Hamburger Metallarbeiter anwesend. Es ist jedoch notwendig, darüber zu streiten, denn selbst wenn man annimmt, die überwältigende Mehrheit der Hamburger Metallarbeiter sei mit dem Vorstand nicht einverstanden gewesen, so könnte dies doch nur dann gegen uns ausgespielt werden, wenn wir Dittmanns Bruder das Recht der Kritik abgeprochen hätten. Das ist uns jedoch durchaus nicht einfallen. Allerdings lassen auch wir uns keineswegs das Recht der Kritik nehmen und machen dabei selbst vor dem großen Wilhelm Dittmann nicht halt.

Das Sinecizieren des „Revisionismus“ in diesen Streit um einen nicht gemachten Posten vor einem Dittmann kennzeichnet so recht die Schwäche der Dittmannschen Argumentation. Dittmann gehört offenbar auch zu denen, die, wenn sie mit ihrem Ratein zu Ende sind, sich dadurch retten wollen, daß sie auf den „Revisionismus“ loskammern. So etwas nennt man dann: sachliche Kampfesweise.

Auf die Anfrage am Schlusse unserer Erwiderung in Nr. 42 weiß Dittmann nur folgendes zu erwidern:

„Hier stellt sich also die Metallarbeiter-Zeitung als Journalistischer Dravo vor, beredt den fraglichen man, zu dem sie Seelenverwandtschaft hinzuziehen scheint, um jeden Preis herauszubauen, im Interesse des Ansehens des Verbandes“, ganz selbstverständlich. Warum will sie aber gerade von uns wissen, wer der „man“ ist? Das hätte sie doch viel leichter in Stuttgart erfahren können. Jedenfalls würde ihr der Verbandsvorsitzende Alexander Schilde gern sagen, welcher „gestunungslos“ Verbandsbeamte „die Kritik geschoben“ hat, wenn sie die Sache für so wichtig hält und wirklich den „man“ nicht kennen sollte.“

Die „Sache“ ist für uns insofern „wichtig“, als wir es lieber sehen, wenn jemand, der etwas gegen einen Verbandsfunktionär einzuwenden hat, offener und ehrlicher sagt, was und wer gemeint ist. Kollege Schilde hatte auf der Generalversammlung in seinem Schlusswort sich in allerfachlicher Form gegen die Ausführungen von Dittmanns Bruder geäußert (das wird er doch wohl noch dürfen!) und dabei auch der Vermutung Raum gegeben, Dittmanns Bruder sei zu dem Zwecke gewählt worden, dem Vorstand „einmal gründlich die Meinung zu sagen“. Nach Schluß der Sitzung wurde Schilde von einigen Hamburger Delegierten zur Rede gestellt, weil sie glaubten, daß Schildes Ausführungen sämtlichen Hamburger Delegierten gelten sollten. Da Kollege Schilde zurzeit verreist ist, ist es uns nicht möglich, zu ermitteln, was er geantwortet hat und was für weitere Äußerungen in diesem Privatgespräch gefallen sind. Aber selbst angenommen (nicht zugegeben), daß Schilde dem Sinne nach gesagt hat: „Wenn ihr mit Dittmanns Rede nicht einverstanden seid, so geht doch eine entsprechende Erklärung ab“, wäre das ein Verbrechen? Wir meinen, es stünde besser um die Arbeiterbewegung, wenn noch niemals eine schlimmere „Kritik geschoben“ worden wäre. Nun ist ja allerdings immer noch nicht gewiß, ob Dittmann (Sollingen) wirklich den Kollegen Schilde gemeint hat, denn seine Antwort ist eher alles andere als offen und ehrlich.

Dittmann mag sich beruhigen. Die 360 000 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes brauchen ihn nicht, um ihre Beschwerden anzubringen. Er mag sich lieber um die Beschwerden der 9000 Leser seines Blattes kümmern. Da wird er genug zu tun haben. Damit kann der „Fall Dittmann“ für uns erledigt sein. Nur noch eine Bemerkung für objektive Leser. Was wir gegen Dittmann (Sollingen) sagten, war doch nur eine gelinde Rippelei im Vergleich zu den Angriffen seines Bruders gegen den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Und doch solche Wutausbrüche bei Dittmann. Wie hoch mühten diese sich nun erst steigern, wenn er einmal so angereizt würde, wie es dem Vorstand von Dittmanns Bruder geschah. Wir müssen es dem geneigten Leser überlassen, sich dieses selbst auszumalen. Unsere Bh. „ste reicht dazu nicht aus.“

Muttat eines Streikbrechers.

In der Zellulosewarenfabrik der Gebrüder Wolff zu Kürnberg streikten etwa neun Wochen lang die Arbeiter. Es gelang der Firma, eine Anzahl Arbeitswilliger heranzuziehen, die — wie es in Kürnberg ja schon öfter vorgekommen ist — die Polizei aufs zärtlichste behütete. Kein Wunder, daß auch diesmal die Arbeitswilligen immer frecher wurden. Schließlich kam es soweit, daß ein Streikbrecher, der 46jährige ledige Drechsler Heinrich Wendler, am 16. Oktober morgens halb sechs Uhr am Hallertor mit Stichwunden in der Lunge, in der Leber, durch Wange mit Verletzungen der Zunge aufgefunden wurde. Wendler wurde im städtischen Krankenhaus operiert. Starb aber schon um 9 Uhr vormittags. Als der Tat verdächtig wurde der Führer der Arbeitswilligen, ein gewisser Wagner, aus der Zellulosewarenfabrik heraus verhaftet. Auf das Ergebnis der Gerichtsverhandlungen darf man gespannt sein. Was aber den Bemühungen der Leitungen der beteiligten Gewerkschaften nicht gelang, wurde durch dies Menschenopfer herbeigeführt. Nachdem der Gewerberat Kröllner, der Rechtsrat Wagner und der Oberbürgermeister v. Schuch es sich angelegen sein ließen, die Firma zu Zugeständnissen zu bewegen, kam es zum Abschluß einer Vereinbarung mit den beteiligten Gewerkschaften und zur Beendigung des Streiks.

Die „Christlichen“ und die Bewegung in der Hanauer Ebelmetallindustrie.

Die „Christlichen“ hätten gar zu gerne auch bei dieser Bewegung wieder im trüben gefischt. Ihr Offenbacher Bezirksleiter verfiel sich sogar so weit, in eine Mitgliederversammlung unseres Verbandes in Hanau Einlaß zu begehren, in der über den Konflikt beraten wurde. Weil ihm das verweigert wurde, schimpfte er sich im Duisburger Blatte über unseren Verband in gewohnter Weise aus. Auch zu den Einigungsverhandlungen in Hanau wollten sie zugelassen werden, wogegen von unserer Seite Einspruch erhoben wurde (sie kamen nur mit 16 Mann in Betracht). Daß es auch ohne den weisen Rat der „Christen“ ging, zeigt das erstgesehene. Natürlich sind die „Christen“ nun arg darüber verschuppt, daß man ihre Bedeutung nicht gewürdigt hat. Im Duisburger Blatte, Nr. 43, schreiben sie:

„Die Differenzen in der Hanauer Ebelmetallindustrie haben ohne Kampf beigelegt werden können. Kurz vor Ablauf der Forderung hat die Vereinigung der Arbeitgeber in der deutschen Ebelmetallindustrie die Sache in die Hand genommen und den Oberbürgermeister von Hanau als Vermittler angerufen. Unter dessen Vermittelnder Tätigkeit ist es dann gelungen, eine Einigung herbeizuführen. So daß der bevorstehende (!?) Kampf vermieden ist. Die

Führer des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes haben ihrer Unabulanz und Herrschaft wieder einmal die Vernunft und das Arbeiterinteresse außer Acht gelassen und die Ausschaltung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes bei den Verhandlungen durchzuführen verstanden. Daß die Arbeiterbewegung durch diese Zerpfliungsgestalt auf schwerer gefährdet werden, muß auch den sozialdemokratischen Führern bekannt sein, schreit sie jedoch wenig zu kümmern. Die christlichen Arbeiter müssen sich leider die Anerkennung und Gleichberechtigung von eigenen Klassenorganen erst erkämpfen.“

Das „christliche“ Blatte sollte doch offen und ehrlich sagen, inwieweit denn das Arbeiterinteresse durch diese „Zerpfliungsgestalt“ gefährdet wurde. Hätten vielleicht die 10 „Christlichen“ bei einem Streik weitergearbeitet? Das Verzeihen von der „Zerpfliungsgestalt“ im Munde der Christen ist ebenso heuchlerisch wie das, daß sich die „christlichen“ Arbeiter erst die Anerkennung und Gleichberechtigung ihrer Klassenorgane erkämpfen müßten. Die Christen halten sich doch für zu gut, mit ihren andersgestimmten Kollegen in einer Organisation zusammenzuarbeiten. Warum sind denn die Zentrumsorganisationen gegründet worden? Nur zu dem Zwecke, die Arbeiter zu zerpfliern. Herr Wieber, der Vorsitzende des „christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes, war es, der sich dieser Zerpfliungsgestalt auf der im August vorigen Jahres in Zürich abgehaltenen internationalen Konferenz christlicher Gewerkschaften sogar rühmte und von ihren Erfolgen sprach. Im offiziellen Protokoll (Seite 9 und 10) heißt es da:

„In längeren Ausführungen befohle er sich mit den Zielen der christlichen Arbeiterbewegung. Er ging dabei in der Hauptsache von deutschen Verhältnissen aus und streifte zugleich kurz die in Deutschland erzielten Erfolge, die einer erbitterten Gegnerschaft zum Trotz erlangt worden konnten. Gegenüber den Sozialdemokraten sei man heute so weit, daß von dieser Seite o h u e die „Christlichen“ nichts von Bedeutung und gegen sie nichts mehr unternehmen könnten.“

Nach solchen Großsprecherien ist es natürlich sehr unangenehm, wenn in Fällen, wie im Hanauer, die Bedeutungslosigkeit der „christlichen“ Gewerkschaften so offen zutage tritt, daß sie nicht einmal durch Quertreibereien einen „Erfolg“ erlangen können.

Vergleich in der Privatklagefälle Schilde und Genossen gegen Bergmann (Duisburg).

Der Deutsche Metallarbeiter, das Organ des christlichen Metallarbeiter-Verbandes, hatte in seiner Nr. 62 vom 29. Dezember 1907 in einem längeren Artikel auch beleidigende Angriffe gegen den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gerichtet, unter anderem war darin auch die bekannte Klagennotiz aus dem Stahlwarenarbeiter zitiert. Der Vorstand unseres Verbandes stellte deshalb gegen den Redakteur des Duisburger Blattes, Joh. Bergmann u. u., Klage, die am 1. Oktober ds. Jz. vor dem Schöffengericht Stuttgart endgültig erledigt wurde. Es kam ein Vergleich dahin zustande, daß der Angeklagte Bergmann die in dem Artikel in Nr. 62 vom 29. Dezember 1907 des Deutschen Metallarbeiter enthaltenen beleidigenden Behauptungen und Äußerungen zurücknimmt und erklärt, daß er die Beschuldigungen gegen den Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nicht mehr aufrecht erhält. Auch übernimmt er sämtliche Kosten des Verfahrens.

Hirsch-Dunderiana.

Ein großer Geist. Herr Joh. Kieger in Augsburg. Bezirksleiter des Hirsch-Dunderischen Gewerbetreibenden der Maschinenbau- und Metallarbeiter, hat auch etwas davon gehört, daß man den Zeitungen auf Grund des § 11 des Preßgesetzes Berichtigungen zufinden kann, die auch dann aufgenommen werden müßten, wenn sie das Gegenteil der Wahrheit enthielten. Und so sandte er uns denn zu der in Nr. 42 an dieser Stelle über ihn veröffentlichten Notiz eine „Berichtigung“, in der er sagt: „Es ist unklar, daß ich die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes und Bebel dumphen genannt habe. Es ist unklar, daß ich den Metallarbeiter-Verband eine Streikbrecherorganisation nannte. Es ist unklar, daß ich gesagt habe, Kistner laufe den ganzen Tag den Schlägern nach, weil sie wegen ihm austreten. Es ist unklar, daß der Vater des Grimm einmal meine Möbel auslösen mußte... Weiter ist es unklar, daß mir ein ehemaliger guter Freund die Freundschaft gekündigt hat wegen meiner Tätigkeit für den Gewerbeverein.“ — Weiter behauptet Kieger dann frech, frechlich und frei, daß alles wahr sei, was er im Regulator über Grimm geschrieben, das könne er durch mindestens ein halbes Duzend Zeugen beweisen. Was von derartigen — Sprechereien zu halten ist, weiß man aus Erfahrung.

Vom Ausland.

Schweden.

Ueber die Attentate, von denen wir in der letzten Nummer kurz berichteten, liegen zurzeit noch keine genaueren Nachrichten vor. Es streiken noch etwa 30 000 Arbeiter; außerdem sind aber ungefähr 22 000 infolge des Kampfes arbeitslos. Die Verjuche der Unternehmer, deutsche Streikbrecher heranzuziehen, sind zum größten Teil mißglückt. Infolge der Konzentrierung der Arbeitseinstellung auf die Eisenindustrie herrscht in vielen Fabriken Materialmangel. Wie kurzschäftig sich die schwedischen Schachtmacher in diesem Kampfe erweisen haben, geht aus der Nachricht hervor, daß viele ausländische und von den Unternehmern aus den Werkstätten hinausgejagte Arbeiter in Schweden an der Hand. Das wird ohne Zweifel zu einer recht lange dauernden Schädigung der schwedischen Industrie führen. Doch was kümmert dies die sternaadige Borntheit der schwedischen Schachtmacher!

Osterreich.

Als vor zwei Jahren die wirtschaftliche Krise, von Amerika ausgehend, ihren Weg nach Europa nahm, befürchtete man hier einen ähnlichen katastrophalen Zusammenbruch wie jenseits des Ozeans. Diese Befürchtungen haben sich glücklicherweise nicht oder doch nicht in dem Maße erfüllt, wie man in diesen Kreisen erwartete. Wohl kam die Krise, aber sie kam nicht mit einem Male, sondern erfolgte in mehr oder minder beträchtlichen Abständen eine Industrie nach der anderen. In Osterreich, das an der vorangegangenen Hochkonjunktur nur in verhältnismäßig geringem Grade beteiligt war, konnte man das nur schrittweise Vordringen der Krise besonders deutlich wahrnehmen. In den Industrien, die mit dem Weltmarkt in innigerer Verbindung standen, vor allem in der Textilindustrie und der Glasindustrie, fing es an und dann ging das Kriseln auf die übrigen Gewerbe über. Aber es ging, wie es sagt, nicht rasch, so daß sogar hier und da die Meinung aufstauden konnte, Osterreich werde von einer allgemeinen Krise überhaupt verschont bleiben.

Die Tatsachen rechtfertigten allerdings diesen Optimismus nicht. Das Jahr 1908 entwieltete sich zu einem regelrechten Krisenjahr. Und auch heuer hielt die geschäftliche Depression an, ja, in manchen Industrien wurde es schlimmer als im Vorjahre. Zu diesen schließt auch die Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie zu zählen.

Soweit man bereits einen Ueberblick gewinnen kann, haben sich die Verhältnisse gegenüber dem Vorjahre nicht nur nicht gebessert, sondern verschlechtert. Freilich darf man dabei nicht außer acht lassen, daß das Jahr 1908 für die Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie besser verlief, als im allgemeinen für die wichtigsten anderen osterreichischen Gewerbe, so daß man auch sagen könnte, diese wurde erst Ende 1908 richtig von der Krise erfaßt und hat sich bis jetzt noch nicht erholen können.

Die Krise im Ausland, besonders in Deutschland, hatte eine beträchtliche Steigerung der Einfuhr nach Osterreich bewirkt. Die ausländischen Produzenten verjuchten ihre Waren zu billigeren Preisen abzusetzen. Dem konnten die osterreichischen Produzenten nicht anders entgegen, als daß sie selber mit den Preisen herunter-

